

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Müller, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garschütz, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Hehlke, Magdeburg. (Verlagsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (ehemalig Schroderstraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1-87.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljahr (inkl. Postporto) 2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Kreuzer, 170 Mt., 2 Kreuzer, 2 Mt. In der Expedition und den Buchhandlungen vierzehntägig. Einzelne Nummern (inkl. der Postporto) 10 Pf. Bei den Postanstalten 250 erst. Bestellgeld. Einzelne Nummern (inkl. der Postporto) 10 Pf. mit der Sonntagsbeilage Die Neue Welt 10 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 739.

Nr. 94.

Magdeburg, Sonnabend, den 23. April 1898.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

## Beachtliche Artikel in heutiger Nummer.

Die Gesellenanschüsse nach dem Normal-Zunngstatut.  
Die Beschimpfung der Sozialdemokratie durch Dr. Lindström.  
Kommt im Reichstag der Wille der Wähler zum Ausdruck?  
Wo die Arbeitergroßen bleiben.  
Die Freizügigkeit der Arbeiter bedroht. — Die Ausbeutung der „Wagabunden“, der ehelichen und unehelichen Kinder.  
Der Aufstand gegen die Gewerbegerichte.  
Magdeburg ein Paradies der Gerechtigkeit.

## Der Fall Wittenberg.

Die agrarischen Schnapshähne haben sich am Mittwoch und Donnerstag im preussischen Abgeordnetenhaus darüber geäußert, wie dem Dienstboten- und Arbeitermangel auf dem Lande am besten beizukommen sei. Mancherlei verschwommene und unklare Vorschläge sind dabei als Hilfsmittel in Vorschlag gebracht worden; wir können sie ruhig übergehen. Nicht übergehen können wir jedoch die bereits gestern angedeuteten Vorschläge des Abg. Gamp. Dieser Junker empfahl: Wagabunden und verwahrloste und uneheliche Kinder aus großen Städten auf das Land zu bringen und sie dort zu ländlichen Arbeitern heranzubilden und das schulpflichtige Alter um ein Jahr zu vermindern. Dadurch könnten der Landwirtschaft eine Menge jugendlicher Arbeiter zugeführt werden.

So cynisch frech sind selten die Forderungen der Junker proklamiert und begründet worden; wir sind dem Abg. Gamp zu Dank verpflichtet. Und damit das Maß voll werde, empfahl der Freiherr v. Nichtsen eine scharfe Bestrafung des Kontraktbruchs und Bestrafung der Auswüchse, welche die Freizügigkeit mit sich gebracht habe. Wahrhaftig — wir Sozialdemokraten haben ein Schweineglick.

Geflücht und gewekert wurde über die Sachengängerei, die sozialdemokratische Agitation, sowie die erhebliche Mekturierung auf dem Lande. Dies alles sei Schuld an der Leutenot. Mit keinem Worte wurde der miserablen Behandlung, der unwürdigen Verherbergung und Bezahlung der männlichen und weiblichen Landarbeiter gedacht. Die agrarischen Schnapshähne, die in den Großstädten, in den Bädern allen noblen Passionen nachgehen, sich Neun- und Neipferde und Waitressen halten, jammern über die entsetzliche „Not der Landwirtschaft“, der es ehestens zu danken sei, daß nicht höhere Löhne „an die Leute“ gezahlt werden können, und strecken ihre Hände gierig aus nach

**Wagabunden, verwahrlosten und unehelichen Kindern**  
und wollen das schulpflichtige Alter um ein Jahr vermindern, damit ihnen billige und willige Arbeitskräfte geliefert werden.

Weiter halten es die Herren für nützlich, wenn die jungen Leute noch etwa zwei Jahre nach Beendigung der Schulpflicht unter besonderer Kontrolle gehalten würden. Außerdem sollten die Polizeibehörden darauf halten, daß widerspenstige ausländische Arbeiter sich nicht frei im Lande bewegen dürfen, sondern zwangsweise zu der von ihnen übernommenen Arbeit zurückgeführt werden.

Die Frechheit und Unmaßigkeit der Junker übersteigt alle Grenzen.

In bescheidenem Tone, hübsch sanft, ermahnte der Landwirtschaftsminister v. Hammerlein die Junker an ihre Pflichten. Er sagte: „Sorgen Sie dafür, daß die ländlichen Arbeiter das ganze Jahr hindurch Arbeit haben. Ferner können sich die Landwirte im Osten durch richtige Behandlung der Arbeiter und durch Beschaffung guter Wohnungen einen guten Arbeiterstamm sichern. Auch sollte der Stand der Dienstboten, die das Vieh verwalten, zu der Vertiefung gelangen, die er z. B. in der Schweiz, in Holland und in den Marschen genießt. Dann wird das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern besser werden und ein großer Teil der gegenwärtigen Mißstände wird von selbst verschwinden.“ Diese gelinden Rippenstöße verursachten Widerspruch. Als ob der Landwirtschaftsminister zu viel gesagt. Wie es mit der Behandlung der ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen aussieht, haben wir an hundert Beispielen bewiesen. Nur ein Beispiel sei heute in Erinnerung gebracht. Aus der Provinz Sachsen berichtete bekanntlich die „Welt“: „Die Kornböden der großen Güter sind für die Töchter des Volkes

auf dem Lande ebenso gefährlich wie Vergnügungslokale und Sekt in den großen Städten. Vor längeren Jahren hat der Sohn des Gutspächters M. zu N. auf dem Kornboden eine Arbeiterin gezwungen, sich völlig zu entkleiden! Ebenso wie die Arbeit auf den Kornböden gefährdet die Verwendung bei Jagden die Sittlichkeit der Mädchen und Frauen. Ganz unbefähig sind die Gemeinheiten, welche sich hier und da abtügen und nichtladigen Nimrode den Mädchen gegenüber frech erlauben. Nicht einmal andeutungsweise können die Reden wiedergegeben werden, in denen sich die vornehmsten Schützen ergehen, die sich in der Dessenlichkeit vielfach als Kämpfer für Sitte und Moral aufspielen. Ich erinnere mich z. B. einer Jagd aus den achtziger Jahren, die zu P. bei D. stattfand. Wir waren 22 Schützen, auf jeden war eine Trägerin gerechnet. Wer von den Herren Lust zu einem unsittlichen Techtelmechtel hatte, traf schon vor dem Abstellen der Jagd keine Auswahl unter den Trägerinnen. Er gab der „Erkorenen“ seine Patronen zu tragen. Am Abend waren die Schützen im Gasthof vereinigt, der mit der einen Seite nach dem Felde zu gelegen war. Während im Gasthof selbst die tollsten Dinge getrieben wurden, kam es im Felde, auf dem sich ein angegriffener Strohhalm befand, mit den Häsenträgerinnen zu den ärgsten Unsittlichkeiten. Es ist geradezu schmachvoll, wie die sogenannten besseren Herren auf dem Lande ihr wirtschaftliches Uebergewicht und ihre Machtstellung mißbrauchen, um die Töchter der armen Leute ihren geilen Wünschen gefügig zu machen. . . . Die auf den Kornböden und bei den Jagden verführten Mädchen stellen viel Material für die

Welt ein Wunder, wenn die Mädchen ihren Peinigern enttrinnen und in die Städte ziehen? Und wie stehts mit den sozialen Verhältnissen der ländlichen Arbeiter überhaupt? Auch hier ein Beispiel aus jüngster Zeit: Der Pastor Wittenberg, der jetzt an der Berliner Geismann-Kirche thätig ist und zu den „sozialistischen“ Pastoren gehört, war früher Reiseprediger des schlesischen Missionsvereins. Auf einer Reise kam Wittenberg auch nach Essen und hielt dort in einer Versammlung der Sittlichkeitsvereine einen Vortrag, der wegen seiner Würdigung der Arbeitsverhältnisse, besonders der auf dem Lande, die Konservativen arg verschmüßte. In tendenziöser Ausbeutung einzelner Sätze der im Druck erschienenen Rede that sich besonders die agrarische Schlesische Zeitung, das bekannte konservative Organ, hervor. Herr Wittenberg verlor infolgedessen seine Stellung beim Missionsverein (!). Er bewarb sich darauf um die Pfarrei in Warten bei der Patronin der Gemeinde, der Gräfin v. Falkenberg. Als der Landrat v. Rosenstiel von diesem Vorhaben Kenntnis erhielt, machte er sich sofort zur Gräfin Frankenberg auf die Strümpfe und hielt ihr in Gegenwart des Guts-Inspektors vor, daß dieser Pastor eine Gefahr für den ganzen Landkreis wäre. Er trete für sozialdemokratische Arbeiter ein und gefährde sowohl die großen, wie die kleinen Besitzer. Und dem Inspektor stellte der Landrat anheim, in der Gemeinde gegen den Pastor Wittenberg zu agitieren. Die Folge war, daß Herr Wittenberg die Privatbeleidigungsklage gegen den Landrat einreichte. Die Regierung erhob natürlich zu Gunsten des Landrats v. Rosenstiel den Konflikt, indem sie betonte, er habe nur in Ausübung seiner Amtsbefugnisse gehandelt, da er nach den Veröffentlichungen über die Rede des Pastors der Ansicht hätte sein können, die Wahl Wittenbergs werde den sozialen Frieden im Kreise gefährden. Zur Illustration mögen an dieser Stelle einige der Ausführungen des gefährlichen Christen Wittenberg angeführt werden. Er hob unter anderem die Heimlosigkeit der Arbeiter hervor, die er darin sieht, daß sie nicht sesshaft sind, und meinte, sie müßten durch ein Häuschen sesshaft gemacht werden. Ferner sei allen Arbeitern eine **Sonntagsruhe von 36 Stunden** zu gewähren. Die Sozialdemokratie sei eine **Zuchtrute Gottes**, vor der die Arbeitgeber Respekt hätten. **Wenn die Arbeiter sich alles gefallen ließen, thäten die Arbeitgeber gar nichts für sie. Die schlechte Behandlung der Arbeiter auf dem Lande treibe sie nach den großen Städten zc.**

Zur Verhandlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht erschien Herr Wittenberg. Er machte geltend, er sei zwar sozialpolitisch, aber nicht sozialdemokratisch gesinnt. Im Gegenteil habe er sich stets gegen die Sozialdemokratie gewendet und sei dafür eingetreten, daß durch sozialpolitische Gesetze der Sozialdemokratie der Boden abgegraben werde. Eine in diesem Sinne geschriebene Broschüre habe sogar der Kaiser gebilligt und bei seinen vorgelegten Behörden sei er, Wittenberg, durchaus angesehen. Wenn man ihn als eine Gefahr für einen Landkreis hinstelle, dann sei das eine grobe Beleidigung. Aus der weiteren Rede des Privatklägers geht

hervor, daß er auch einen evangelischen Arbeiterverein hat gründen helfen.

Das Ober-Verwaltungsgericht erkannte den Konflikt der Regierung als begründet an und entschied, daß das gerichtliche Verfahren gegen den Landrat einzustellen sei. Präsident Persius führte begründend aus: Herr v. Rosenstiel habe seine Amtsbefugnisse nicht überschritten. Als Landrat habe er die sozialpolitischen Interessen des Kreises wahrzunehmen und Gefahren vom Kreise fernzuhalten. Habe der Landrat gegen einen Predigantkandidaten Bedenken, so könne er sie bei der Patronin geltend machen. Aus der Broschüre des Pastors Wittenberg und aus den Berichten über dessen Vorträge, besonders denen in der Schlesischen Zeitung (die der Privatkläger als Zerbilder bezeichnet) habe der Landrat die Ueberzeugung gewinnen können, daß Herr Wittenberg einseitig für die Arbeiter, besonders für die Landarbeiter, eingetreten sei. Es komme nicht darauf an, ob die seiner pflichtgemäßen Ueberzeugung zu Grunde liegenden Angaben und Ausführungen der Zeitungen objektiv wahr seien und ob seine Ueberzeugung der objektiven Wirklichkeit entspreche. Daß er nur nach seiner pflichtmäßigen Ueberzeugung gehandelt habe, sei aber anzunehmen. Auch die dem Inspektor gegebene Anregung gehe nicht über seine Amtsbefugnisse hinaus.

Zur Beleuchtung der gegenwärtigen Absichten der Regierung des „Staates der Sozialreform“ und zur Agitation unter der Landbevölkerung ist uns der Fall Wittenberg in Verbindung mit den Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus ein wertvoller und mit Dank acceptierter Beitrag. —

## Herr Dr. Georg Lindström.

In einer in Hannover vom Bunde der Landwirte einberufenen Versammlung referierte Herr Georg Lindström, antisemitischer Kandidat für den Reichstagswahlkreis Magdeburg, über die Politik der Sammlung. Zu seinem Vortrage sagte dieser Herr: „Die Bewegung des Bundes der Landwirte richtete sich gegen die goldene und rote Internationalen, gegen das zeretzende Groß- und Spekulationskapital und gegen die „vaterlandslose Sozialdemokratie“. Der Bund vertrete die selbständige und sesshafte deutsche Arbeit.“ Ein Teil der Forderungen der Mitglieder des Bundes sind vorstehend skizziert. Die Antisemiten zeigen sich der bündlerischen Freundschaft würdig. Die „vaterlandslosen Sozialdemokraten“ werden dem ehrenwerten Doktor in Magdeburg die Antwort nicht schuldig bleiben. Nur Geduld. —

## Das Programm der Regierung.

Bei der Wichtigkeit der im preussischen Landtage aufgerollten Frage hat sich die Staatsregierung entschlossen, folgende schriftliche Erklärung abzugeben:

Die Staatsregierung erkennt an, daß in den östlichen Provinzen, speziell in der Provinz Schlesien, sowohl beim großen, wie beim kleinen Grundbesitz, vorübergehend Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern und an einzelnen Stellen auch an ständigen Dienstboten eingetreten ist. Die Staatsregierung ist gewillt, erstens wie bisher auch weiterhin polnische, russische und galizische Landarbeiter zuzulassen, und wenn dafür ein Bedürfnis erwiesen wird, das Verbleiben dieser ausländischen Arbeiter in den östlichen Provinzen anstatt wie bisher bis zum 15. November, künftig bis zum 1. Dezember des Jahres zu gestatten und wenn die Zulassung russischer bezw. galizischer Arbeiter dem Bedürfnis nicht genügt, haben die Beteiligten die Zuzugziehung anderer norddeutscher Arbeiter zu erstreben. Zweitens, um die Verwendung von Sträflingen und Korrigenden bei landwirtschaftlichen Arbeiten zu erleichtern, wird die Staatsregierung die reglementarischen Bestimmungen über die Beschäftigung von Sträflingen und Korrigenden bei landwirtschaftlichen Arbeiten einer Revision unterwerfen. Drittens, billigen Wünschen nach Zulassung schulpflichtiger Kinder zu landwirtschaftlichen Arbeiten hat die Staatsregierung schon jetzt Rechnung getragen und wird es auch ferner thun. Viertens, die Generalkommandos sind zuständig, die im aktiven Militärdienst stehenden Mannschaften zu dringenden landwirtschaftlichen Arbeiten zu beurlauben. Begründeten Anträgen werden dieselben wie bisher auch ferner zu entsprechen bereit sein, soweit das militärische Interesse es irgendwie gestattet. Durch die allerhöchsten Orts genehmigten Bestimmungen betreffend die Übungen des Wehrtaufenstandes wird bei der Wahl des Zeitpunktes der Übungen das Interesse der am meisten beteiligten bürgerlichen Berufskreise in Sonderheit der Landwirtschaft auch künftig möglichst berücksichtigt werden. Die Dienstvorschriften über Marzgebühren sind an zur Entlassung gelangende Mannschaften werden in der Richtung revidiert werden, ob nicht durch dieselben dahin zu wirken ist, daß die dem landwirtschaftlichen Berufe angehörenden Mannschaften sich nach ihrer Entlassung ihrem früheren Berufe, und zwar thätigst in ihrer Heimat wieder zuwenden. Die Erfahrungen mit den militärischen Arbeitsnachweisen in Garnisonorten sind noch nicht umfangreich genug, um über den Nutzen und die Art dieser Einrichtung ein abschließendes Urteil zu gewinnen. Ihr ist wesentlich, die zur Entlassung kommenden Mannschaften aus dem

landwirtschaftlichen Beruf dem letzteren, und zwar möglichst in der Heimat nach der Entlassung zu erhalten.  
Die Staatsregierung wird beim Bundesrat beantragen, daß dem nächsten Reichstage ein Gesetzentwurf zur Verabschiedung vorgelegt wird, wodurch das Gewerbe der Kleinrentenbesitzer und Stellenvermittler konjunktionsfähig gemacht wird. (Verhättnis der Welfen rechts.) Die Arbeiterwohlfahrtsfrage auf dem Lande bedarf der thunlichsten Förderung. Ueber diese Frage wird ein Benehmen zwischen den besitzenden Mittelstufen in die Wege geleitet werden, um diese vorwiegend auf dem Gebiete der Selbsthilfe liegende Arbeit staatslicherseits zu fördern.  
Zu erwägen wird sein, ob und eventuell durch welche Maßnahmen eine Beschränkung der Auswüchse des Rechts auf die Freizügigkeit (Dritt, Hörtl), das an sich unersetzlich bleibt, welche eine Entvölkerung des Landes und eine ungesunde Bewegung der ländlichen Bevölkerung nach den Industriebezirken und nach den Städten verhindern, zu erstreben sein wird. Abhilfe gegen die Missethäter zu gewähren, ist aber nicht allein Aufgabe des Staates, vielmehr muß die Selbsthilfe eingreifen. Zur Selbsthilfe ist, wie der Abg. Mendel in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. Januar d. J. ausführte, das selbstthätige Eingreifen der Landwirte, bezw. ihrer Vertretungsorgane selbst erforderlich unter Mitwirkung des Staates, besonders nach dem Bedarf in finanzieller Hinsicht. Endlich wird der Staat bei öffentlichen Arbeiten, so weit es nötig, um lokalen Arbeitermangel vorzubeugen, zeitweise auf die Heranziehung auswärtiger Arbeitskräfte bedacht sein.

Treffend bemerkt hierzu die Volkszeitung: Daß das Agrarierthum Oberwasser hat bei uns zu Lande dergestalt, daß ihnen die Regierung nicht bloß nicht entgegentritt, sondern Schritt für Schritt vor ihnen zu rücken läßt, soweit, daß sie selbst das kostbarste Recht eines nach Millionen zählenden Teiles der Bevölkerung, die persönliche Freiheit, um ihrer Willen in Frage zu stellen gewillt ist, das ist es, was die politische Lage in Preußen so unendlich traurig und hoffnungslos erscheinen läßt.

Denn was bedeutet es anders als den Entschluß der preussischen Regierung, den Landarbeitern das Recht der persönlichen Freiheit vorzuenthalten, wenn sie von dem Landwirtschaftsminister Freiherrn von Hammerstein verlesene Erklärung des Staatsministeriums ausdrücklich besagt, daß die Regierung ernstlich erwäge, ob und eventuell durch welche Mittel eine Beschränkung der Auswüchse des Rechtes auf Freizügigkeit zu erstreben sein wird? Was in Regierungsstreifen unter Auswüchsen eines politischen Rechtes verstanden wird, das hat man aus der lex Recke zur Beschränkung der „Auswüchse“ des Vereins- und Versammlungsrechts gesehen. Das ganze Vereins- und Versammlungsrecht war der Auswuchs, der durch die lex Recke unersetzlichen Angebots abgeschnitten werden sollte, und auf ein Abschneiden der Freizügigkeit werden auch die Maßnahmen der Regierung zur Beschränkung dessen auslaufen, was sie Auswüchse der Freizügigkeit nennt.

Der Minister hat zwar versichert, daß das Recht der Freizügigkeit an sich unangefastet bleiben soll. Mein wer kann diese Versicherung für bare Münze nehmen?

Ein Gutes hat die Debatte im Abgeordnetenhause gehabt. Sie hat wieder einmal mit aller Wertschätzung Klarheit gezeigt, wohin die Reaktion steuert, und sie wird daher bei den bevorstehenden Wahlen zum Deutschen Reichstage für die Wähler eine ernste Mahnung sein, mit aller Kraft gegen die Gefahr anzukämpfen, die den heiligsten Gütern des Volkes, seiner politischen, seiner wirtschaftlichen und schließlich auch seiner persönlichen Freiheit, von dem schlimmsten aller inneren Feinde, von der junkerlichen Agrardemagogie droht.

## Wasser auf unsere Mühlen.

(Der Magdeburger Zeitung entnommen.)

Willkommen sind die Anspielungen des Herrn Ministers v. Hammerstein auch der Sozialdemokratie, deren Centralorgan sich wie folgt zu der Rede vernehmen läßt: Daß Freiherr v. Hammerstein mit der Absicht (die Auswüchse der Freizügigkeit zu beseitigen) kurz vor den Wahlen so offen heranzieht, dafür wird ihm die Sozialdemokratie sehr dankbar sein. Der Schutz der von der Regierung bedrohten Freizügigkeit der Arbeiter wird für uns eben so wirksam wie die Wahlparole sein wie der Schutz der von derselben Regierung bedrohten Koalitionsfreiheit.

Leider besorgen wir, daß die sozialdemokratische Partei mit dem vom Minister ohne Rücksicht gemühten Wahl Schlagworte keine schlechten Geschäfte machen wird.

Ja, wir Sozialdemokraten haben ein Schweineglück!

## Und noch eine Wahlparole!

Einen Ansturm gegen das Gewerbegerichts-Gesetz unternimmt die freikonservative Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz. Die Thatsache, daß auf die Befehle der Richter die Arbeiter einen maßgebenden Einfluß haben, ist denen um Stum schon längst im höchsten Maße zumider. Daß das unternehmende Proletariat doch jegliche selbstständige Betätigung seiner Lohnsklaven. Die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz fordert nichts geringeres als eine vollständige Beseitigung des Arbeiterinflusses auf die Gewerbegerichte. Sie denkt sich die Sache so, daß der jetzige Wahlmodus aufgehoben und die Gewerbegerichts-Berichter künftig durch die Stadtverordneten erwählt werden sollen. Bei der Rückständigkeit des kommunalen Wahlrechts in den meisten Städten und dem daraus folgenden reaktionären Charakter der Stadtverordneten-Kollegien würden auf diese Weise die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft durchaus beseitigt werden und es würde die bewährte Rechtsprechung dieser Gerichte den einseitigen Unternehmernauffassungen und Unternehmerinteressen ausgeliefert werden.

Auf allen Gebieten sucht die blindeste Reaktion sich Platz zu schaffen. Selbst die mildesten sozialpolitischen Maßnahmen des heutigen Staates will die Eier der Schlachtarone rückgängig machen.

Es ist gut, daß alle diese schändlichen Zumutungen sich gerade jetzt ans Tageslicht hervorwagen. Die Arbeiterschaft weiß, wessen sie sich zu versehen hat, wenn sie bei der bevorstehenden Wahl nicht mit eisernem Besen das reaktionäre Zeugnis hinausfegt.

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Ueber die Konkurrenz des amerikanischen Eisens wird (und das ist das merkwürdigste) in agrarischen Blättern geklagt. Gefordert wird ein Schutz Zoll von 25 Mark per Tonne. Wir sehen, der Appetit kommt beim Essen. Erst höhere Getreidezölle (wozu die Industriellen gebraucht werden), dann höhere Eisenzölle (wofür dann die Junker zu haben sind). So wird das deutsche Volk in corpore geschunden und ausgepöbert. Und die Antisemiten leisten Gefolgenschaft — nette Gesellschaft.

Als neuestes auf dem Gebiete überflüssiger Polizeithätigkeit wird der Rheinischen Volkszeitung berichtet, daß die Polizei in letzter Zeit die katholischen Kirchen hat revivieren und sich Notizen über die gehaltenen Predigten hat machen lassen! Geschieht so etwas auch in protestantischen Kirchen?

Auf den heftigen Bahnen wird die Perronsperre eingeführt.

## Die Belastung durch den Getreidezoll.

Die Belastung durch den Getreidezoll hat der Gemeinnützigste in Barel für den rein ländlichen Bezirk des Amtsverbandes Butjadingen genau berechnet, indem er die Verteuerung der Getreidezufuhr in den Amtsverband durch die Getreidezölle bemisst und davon in Abzug brachte den Zollwert der Getreideausfuhr. Daraus ergibt sich, daß die Bewohner des Amtsverbandes im Jahre 1897 eine Verteuerung aus den Getreidezöllen im Betrage von 177 248 Mk. erfahren haben. Die Einwohnerzahl des rein ländlichen Bezirks beträgt 15 053, die Einkommensteuer desselben beläuft sich auf 73 447 Mk., die Belastung durch Getreidezölle beträgt also mehr als das Doppelte der Einkommensteuer. „Unsere Landwirte, so bemerkt der Gemeinnützigste, können daraus erkennen, was sie von dem sogenannten Bund der Landwirte zu erwarten haben und wie berechtigt unsere Gegnerschaft gegen diese Bewegung nicht nur im Interesse des ganzen Volkes, sondern auch im Interesse unserer einheimischen Landwirte ist.“ Halten wir immer fest, daß auch die Nationalliberalen und Antisemiten eine bei weitem höhere Belastung der Konsumenten zu Gunsten agrarischer Schnapphähne erstreben.

## Nachrichten aus dem Auslande.

Im österreichischen Abgeordnetenhause begannen am Mittwoch die Verhandlungen über den Antrag betreffend die Vernehmung des Grafen Wadeni in den Angelegenheiten wegen der Vorgänge in der Novemberrevolution des Reichstages. Der Antragsteller Dr. Kaiser (deutsch-vollständig) führt aus, Wadeni habe das Verbrechen des Verfassungsverstoßes, des Hochverrates und des Mißbrauches der Amtsgewalt begangen. Die Vernehmung des Grafen in den Angelegenheiten sei notwendig im Interesse der Gerechtigkeit. Der zweite Antragsteller Groß (deutsch-sprachlich) erklärt, der Rücktritt Wadenis sei nicht als genügende Sühne anzusehen, und beantragt die Ueberweisung des Antrags an eine sechsunddreißiggliedrige Kommission. Der dritte Antragsteller Krieger (Sozialdemokrat) führt aus, die Verfassungsbrüche Wadenis seien durch das Parlament selbst verschuldet, welches geschwiegen habe, wenn die Gewaltthätigkeit nur gegen Arbeiter gerichtet waren. Die Sozialdemokraten würden die Obstruktion nur anwenden, wenn sie durch die äußersten Umstände dazu gezwungen würden. Dr. v. Grabmayer (verfassungstreuer Großgrundbesitzer) erklärt, seine Partei unterstütze den Antrag, damit Beruhigung eintrete. Es sei notwendig, daß Sühne für das begangene ungeheure Unrecht geboten werde. Es handle sich nicht nur um die Person des Grafen Wadeni, sondern um dessen System. Die Debatte wurde sodann abgebrochen und die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Ein Prozeß gegen 25 Sozialisten in der ungarischen Stadt Nyiregyszaza, welche die im November v. J. festgenommenen Sozialisten zu befreien versuchten, endete am Mittwoch mit der Verurteilung von 35 Angeklagten zu drei Wochen, 2 zu zwei Monaten und eines zu sechs Wochen Arrest; die übrigen wurden freigesprochen.

Aus Christiania wird berichtet: Der Storting nahm am Donnerstag mit 78 gegen 36 Stimmen die Vorlage betreffend das allgemeine Stimrecht für Männer zu den Stortingswahlen an. Die 78 Stimmen gehörten mit einer Ausnahme der Linken an. Für Ausdehnung des Stimrechts auf die Frauen stimmten 33 Abgeordnete. Es geht vorwärts!

## Spanien und die Vereinigten Staaten.

Am Vorabend des Krieges.

Das fliegende Geschwader und das Geschwader in Key West der Vereinigten Staaten erhielten Befehl, am Sonnabend bei Tagesanbruch zur Abfahrt bereit zu sein. Das bei Key West stationierte amerikanische Geschwader besteht aus 23 Schiffen. Diese Flotte ist klar zur Aktion und erwartet unter Dampf Segelordie gegen Habana. Die ganze reguläre Armee der Vereinigten Staaten soll an der Küste des Mexikanischen Golfes konzentriert sein.

Die Eröffnung der Cortes.

In Spanien sind am Mittwoch die Cortes durch eine Thronrede von der Königin-Regentin feierlich eröffnet worden. Trotz des entsehrten Tones der Thronrede, die von einem Attentat spricht, von unerträglicher Herausforderung und blutwütiger Strömung, bereitet Spanien, wie es heißt, noch ein Rundschreiben an die Mächte vor, in welchem den Vereinigten Staaten die vollste Verantwortung für das Blutvergießen zugewälzt werden soll.

Die Streitmacht der Spanier.

An Landtruppen verfügt Marschall Blanco über 100 000 Mann, welche in offener Feldschlacht den Amerikanern entgegengestellt werden können. 50 000 Spanier sollen überdies die Insurgenten in Schach halten. Der Gouverneur

von Portorico verfügt über 20 000 Mann zur Vertelbigung der Insel.

Der Krieg und die deutsche Industrie.

Wie dem Hamburger Korrespondent aus Berlin geschrieben wird, hat der spanisch-amerikanische Konflikt namentlich unsere blühende Konfektion schon ziemlich stark in Mitleidenschaft gezogen. Die amerikanischen Einkäufer, die ja nicht ausgeblieben sind, zeigen sich jedoch stellenweise mit ihrem Ordres sehr zurückhaltend. In Spanien stockt der Handel; das Geschäft liegt namentlich in Barcelona, das für den deutschen Export maßgebend ist, darnieder. Deutsches Kapital hat mehrfach seinen Weg nach Spanien gefunden. Hervorragende Fantasiewollwaren-Fabrikanten haben in Spanien Zweigniederlassungen errichtet, kurzum, trotz der hohen spanischen Zölle ist der Export aus Deutschland in Konfektionswaren immerhin nicht ganz unbedeutend. Sehr viel Textilwaren gehen über Hamburg nach Manila; man beziffert den deutschen Export nach den Philippinen-Inseln auf 10 Millionen Mark.

Die Beschlüsse des Pariser Kongresses.

Im Gegensatz zu Spanien werden die Vereinigten Staaten nicht zu dem Mittel greifen, Kapervorriefe auszusenden. Wie offiziell angekündigt wird, will die Regierung bei Ausbruch des Krieges folgende Bedingungen achten: 1. Neutrale Flagge deckt feindliches Gut mit Ausnahme von Kontrebande. 2. Neutrales Gut, das nicht Kontrebande ist, unterliegt der Konfiskation auch unter feindlicher Flagge nicht. 3. Wofaden müssen, um bindend zu sein, tatsächlich durchgeführt werden (d. h. spanische Häfen, welche durch die amerikanische Flotte blockiert werden, sind auch neutralen Schiffen unbedingt verschlossen). (Dies auch unter Militärtariffes in heutiger Beilage).

## Parlamentarische Nachrichten.

Der dem Reichstage zugegangene Nachtrags- etat beziffert sich auf insgesamt 7 787 885 Mk., darunter 5 Millionen Mark zur Verwaltung des Gouvernements Kiautschau und eine Million Mark zur Unterhaltung der Postdampfer-Verbindungen mit Ostasien und Australien. Fortsetzung folgt! Auch eine — Wahlparole!

g. Der „ländliche Arbeitermangel“ beschäftigt auch am Donnerstag angelegentlich das preussische Abgeordnetenhause. Die Verhandlungen sind lehrreich und geben uns ein treffliches Material für die Landagitation. Selten sind die reaktionären Pläne mit größerer Offenheit ausgesprochen worden. Die Junker thun so, als wenn sie ein angestammtes Recht auf billige und willige Arbeitskräfte besäßen. Ihre geheimsten Wünsche sprach Herr Gamp, der bekannte Steuererfinder und Großgrundbesitzer, aus. Die Beschränkung der „Auswüchse“ der Freizügigkeit, die der Landwirtschaftsminister Freiherr von Hammerstein versprochen hat, genügt ihm nicht. Die ländlichen Arbeiter sollen an die Scholle gefesselt, den noch nicht 21 Jahre alten Landproletariats das Recht, die Stätten brutaler Ausbeutung zu verlassen, überhaupt genommen werden. Natürlich soll nach Herrn Gamp auch der jetzt schon unzureichende ländliche Schulunterricht eingeschränkt und die Schulpflicht verkürzt werden. Jede Einschränkung des Schulunterrichts stellt ein Attentat auf die Kultur des deutschen Volkes dar. Aber darnach fragen die Junker nicht; wenn es nach ihnen ginge, würden sie ganz Ostelbien mit bedürftigen Galizierern, Polen und Russen bevölkern. Hier kann die Regierung schlechterdings nicht mitmachen; Freiherr v. Hammerstein war aber so gefällig, die Aufmerksamkeit der Landlords auf andere „billige“ ländliche Arbeiter zu lenken, so auf schwedische Landproletarien. Nur sehr behutsam deutete der Minister an, daß die Agrarier durch bessere Behandlung der Landarbeiter, durch die Forderung für bessere Wohnungen die Abwanderung einschränken könnten. Zur Entschädigung wiederholte er dann aber sofort die bekannte agrarische Behauptung, daß die großen Städte durch „Ueberbebauung der Wohlthätigkeitspflege“ und durch „Verquälungen“ den Zugang der ländlichen Arbeiter in die Industriebezirke fördern. Der ländliche Arbeiter soll eben Zeit seines Lebens in der kulturellen Dede des platten Landes aushalten. Nun weiß der Müllerdienst aber den jungen Arbeiter aus seinen ländlichen Gewohnheiten heraus. Sein Gesichtskreis erweitert sich selbst in der Kaserne. Häufig genug kehrt er nach beendeter Dienstzeit nicht in die väterliche Hütte und unter die Frucht des Gutsherrn zurück. Das ist eine Nebenwirkung des Militarismus, die den Junkern sehr fatal ist. Und so beschwerte sich denn Herr Gamp auch sehr lebhaft über die „Militärlasten“, die dem platten Lande auferlegt würden. Aber hiezu vermag die Regierung auch nichts zu ändern. Den „Arbeitermangel auf dem Lande“ werden die Mittel, die sie vorschlägt, nicht zu beseitigen vermögen. Soweit aber an eine Beschränkung der Freizügigkeit gedacht wird, hat der Reichstag ja auch noch ein Wort mitzureden. Und der Reichstag ist nicht das preussische Abgeordnetenhause, das in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ganz in den Händen der Junker ist.

## Die sozialdemokratische Landagitation.

Einen großen Teil der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am Donnerstag füllte wieder die Schilderung der sozialdemokratischen Landagitation aus. Namentlich schilderte der Abg. v. Mendel-Steinfels in den schwärzesten Farben die „Aufwiegelung“ der ländlichen Arbeiter durch die sozialdemokratische Presse, die fortwährend die Arbeiter „verleumde“ und mit ihrer „Verhegung“ einen ungeheuren Unfug treibe. Zur Abhilfe empfahl er das Beispiel des landwirtschaftlichen Centralverbandes für Sachsen, der durch sein Sekretariat die sozialdemokratische Presse genau verfolgen lasse und dessen Bemühungen es zu verhindern sei, daß verheerende Redaktionen im Verlauf von 7 Jahren mit 5 bis 6 Jahren Gefängnis wegen „Verleumdung von Landwirten“ bestraft seien. Wieviel Jahre Gefängnis hätten wohl die Agrarier schon abtun müssen, wenn ein Tausendstel von ihren ausgesprochenen Verleumdungen gegen Sozialdemokraten ebenso geahndet würde?

## Soziale Bewegung.

Magdeburg.

Die Böttcher der Gerloffschen Fabrik befinden sich seit Montag im Auslande.

Der Ausbruch der Maurer am Bau Hertel, Lüneburgerstraße ist bisher noch nicht beendet.

In der Tischlerwerkstätte von Otto haben die Tischler die Arbeit eingestellt, da zwei Kollegen entlassen wurden, weil sie ihrer Organisation angehörten.

Am Schulbau Budau, Ecke Feldstraße, Bauleiter... wurde am Donnerstag ein Bauarbeiter entlassen...

der elterlichen Wohnung eine Nähnadel in den Fuß gestochen... die arbeitsfähigen Krankenanstalt durch Königsstrahlen aufgefunden...

Polizei und Volksstimme.

Donnerstag Mittag bewachte Schumann Pinter... wiederum die Schaufenster der Buchhandlung...

In letzter Zeit wird die Volksstimme von sehr vielen... lokalen Bürgern besucht...

Ueber die phänomenale Fügigkeit, die unsere... Polizei bei der Bestrafung des Inhabers der Buchhandlung...

Fränkische Tagespost: Herrgott, muß das eine Wahl geben in Magdeburg!

Die Druckerei der Volksstimme hatte sich heute morgen... eines polizeilichen Besuches zu erweuen...

Nachrichten aus der Provinz.

Halberstadt. (Verhaftet.) Der Direktor der geplanten... internationalen Gewerbausstellung...

Naumburg. (Ein graufiger Fund.) Das Naumburger Kreis... blatt findet seinen Lesern folgenden Wären auf...

Dueblsburg. (Verdrüßlich.) Eine hier wohnende Familie... von einem bellagenden Unglücksfall betroffen...

Nachrichten aus dem Reiche.

Berlin. (Brand eines Akkumulatortwagens.) Auf der Dampf... bahnhöhle Zoologischer Garten-Steig...

Gesehenswürdig. (Gerettete Mannschaft.) Die Besatzung des... Fischdampfers Herwig...

Gnafen. (Engelmacherin.) Vor dem heiligen Schwurgericht... hatte sich eine Engelmacherin wegen Mordes...

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Die gesamte hiesige Presse schweigt über die letzte... Versammlung der Sozialdemokraten...

auch die Kranken Wappstein, soll zu befragen sein... die Veranlassung wurde auch die Wasser geregelt...

Am Montag, den 25. d. Mis., findet eine öffentliche... Versammlung der Tisch- und Scharnwerker...

- Kranken-Central- und Sterbefälle der Deutschen Wagenbauer... Holzarbeiter Neustadt! Zu heute abend 8 1/2...

Stadt-Theater.

Die Theater-Saison neigt ihrem Ende entgegen... die künftige Besetzung für das Chorpersonal...

Wilhelm-Theater.

Das Wilhelm-Theater führt zur Zeit einen recht lustigen... dreitägigen Schwan von Laus und Kraus...

Circus-Theater.

Der Circus wird von heute ab der Sammelpunkt aller... Mabler sein. Zwar ist im Kunstfahren schon...

Letzte Nachrichten.

Magdeburg. Gerichtliche Verlauten, daß Amerika... infolge Abschneidung der Zuckerzufuhr aus Cuba...

Briefkasten.

O. B., Rehnhardtsleben. Versammlungsberichte sind auf... schmales Papier zu schreiben...

Molkereibutter Pfd. 1 Mk. A. H. Völker, Buttehandlungen, Jakobstraße 5...

Stephansbrücke 8 werden Kleider aller Art schnell und sauber angefertigt C. Haack. Neue Betten Bettstellen

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Kombinierte Versammlung sämtlicher Filialen am Montag, den 25. d. M., abends 8 Uhr



# Lehmann & Arndt

## NEUSTADT

### Breiteweg 24, Ecke Ritterstr.

empfehlen in bekannt größter Auswahl:

- Jackell-Anzüge** in Saitin und Tuchlammgarn in den neuesten Farben von **10-45 Mh.**
- Kost-Anzüge** in Maye und Crap, wie nach Maß von **20-48 Mh.**
- Sommer-Valclets** in allen Mode- u. Sportfarben von **8 1/2-33 Mh.**
- Jackets und Feinkleider** von **4-15 Mh.**
- Knaben-Anzüge** in den neuesten, zeitendsten Fagons, blau und braun Cheviot, mit doppeltem Kragen und Einsay von **2.75 Mh. an.**
- Arbeiter-Garderobe** lassen selbst anfertigen, deshalb nach Maß ohne Preiserschöpfung.

### Bestellungen nach Maß

in eigener Werkstatt zugeschnitten, unter Garantie für taubelosen Sitz.



Dieser Anzug mit doppeltem Einsay kostet 2.75 Mh.

# Otto Wetzel & Co.

## BERLIN

### Mechanische Schuhfabrik mit Dampftrieb

#### Verkaufshaus:

### 69/70 Magdeburg, Breiteweg 69/70

Ecke Scharnstraße, vis-à-vis Café Hohenzollern.

Unser großes Lager ist mit sämtlichen Neuheiten der Saison, von den einfachsten bis zu den feinsten Schuhwaren ausgestattet.

Die überaus billigen Preise sind offen auf jeder ausgelegten, sodass eine

### Uebervorteilung vollständig ausgeschlossen ist.

Verkauf nur gegen bar zu festen Preisen.

Reparaturen prompt und billig.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

## Manchester-Sammet

echt Birmener Fabrikat in denkbar größter Auswahl (52 verschiedene Qualitäten und Farben), wegen seiner überaus großen Haltbarkeit zu

### Knaben-Schul-Anzügen

besonders geeignet, empfiehlt zu mäßigen Preisen

## G. Gehse, Johannisfahrtsstraße 14.

## Stauend billig!

Bettelerschränke 22 und 28 Mh., Bettstov 30 und 34 Mh., Kommode 10 Mh., Tische 11 Mh., Stühle 4 Mh., Divans 28 und 35 Mh., Spiegel von 2.50 Mh. an, Bettstellen mit Matr. von 20 Mh. an, Küchenschränke 22 und 24 Mh., Kuchentische 18 und 22 Mh., Tische 8 Mh., Stühle 2.75 Mh.

Kein Laden, deshalb so billig. Katharinenstr. 8, hochp.

### Schuhwaren!

Billig! Billig! Billig! Herren-, Knaben-, Schaffstiefel, Stiefelchen, Damen-, Kinder-, Stiefel, Halb- und Strandschuhe, Socken, Pantoffel, auch aus Konfektionswaren, 222 stammende Waren. Nur Neustadt, Schmidtstrasse 44.

### Kaffeegebäck

täglich frisch Gebackener, täglich frisch

## Fahrräder

in Marken, verkaufe zum Selbstkostenpreis.

### M. Wienbreyer

M.-Sanderburg, Gr. Weg 118a.

Käufen wird auf meiner eigenen ungetriebenen u. bedeutend vergrößerten Fahrradfabrik am Etzblumengarten 252/3 gratis Unterricht erteilt.

### Sichere Brotstelle.

Bin beauftragt, einen nachweislich guten Kaffee bei 5000 Mark Anzahlung zu verkaufen.

Ein anst. Logis sofort an zwei junge Leute zu verm. Zimmermannstr. 15 v. prl.

Ein anst. Logis sofort an zwei junge Leute zu vermieten. Tischlerstr. 22, I. v.

Unst. Logis, n. v. z. vrm. Gr. Schulstr. 14, I.

Außerbildiges Logis bei Schmidt, Gr. Diebendorferstraße 20.

### Gesucht werden:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis bei Gewerkschaften Magdeburgs (Klein-Klosterstraße 15/16): 20 Schuhmacher, 12 Schneider, 5 Stellmacher, Tischler, Schmiebe, 2 Mädchen auf Wuschbinderei, Sattler, Barbier, Steinmetz, Klempner, Maler, Ofenfeher und Dienstmädchen.

Wittwe, Mitte 50er, f. Stellung i. ff. Haushalt. Näh. d. Vater, Coquiststraße 18.

### Es suchen Stellung:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis bei Gewerkschaften Magdeburgs (Klein-Klosterstraße 15/16): Schlosser, Schleifer, Dreher, Cigarrenmacher, Mechaniker, Bäcker, Steinmetz, Feizer u. Maschinisten, Modellstecher, Tischler, Steinrunder und Arbeiter für jede Arbeit.

### Todes-Anzeige.

Am Donnerstag morgen 8 Uhr starb nach langen qualvollen Leiden meine liebe sorgsame Frau, unsere gute Mutter und Schwägerin

Friederike Ohle geb. Eder. Die Beerdigung findet am Sonntag vormittag 11 Uhr vom Trauerhause Friederike Ohle geb. Eder.

Am stille Teilnahme bittet Friedrich Ohle nebst Kindern.

Mittwoch, den 20. d. M., entschlief nach kurzen Krankenlager unser guter Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, der Arbeiter

Friedrich Gessler im 81. Lebensjahre, was hiermit angezeigt den Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. d. M., nachm. 4 Uhr vom Trauerhause Kolbigerstraße 8, Neustadt, aus statt.

Bernhard Ethe.

Küchzettel der Magdeburger Volksküchen Gr. Marktstr. 2 und Schmidtstr. 61

Sonnabend: Reisuppe mit Rindfleisch.

Küchzettel des Lehrerehen- und Damenheims, Breiteweg 82, 1 Tr.

Sonnabend: Rindsuppe, Rindfleisch, Salzkartoffeln und Rosinenauce.

## Walhalla-Theater.

780 Täglich Künstler-Spezialitäten-Vorstellungen.

Die Geflügel-Handlung von G. Langkroß, Tischlerstraße 11 empfiehlt sämtliche Sorten Tauben zu sehr billigen Preisen.

## Wilhelm-Theater.

Sonnabend, den 23. April. Die Vogelnbrüder. Schwan in 3 Akten von Carl Laufs und Axel Braach.

## Stadt-Theater.

Sonnabend, den 23. April. 1. Cytillus-Vorstellung. Der Ring des Nibelungen.

(Vorabend.) Gastspiel Albert Leonhardt vom Hoftheater in Weimar.

„Das Rheingold.“ Musikdrama in 4 Akten von Richard Wagner.

Albert Leonhardt als Gast

Sonntag, den 24. April, nachm. 3 Uhr Halbe Preise. Baromet 125 Mh.

Der Barber von Sevilla. Komische Oper in 2 Akten von Rossini.

Zum letzten Male in der Saison: Phantasien im Bremer Matscheller.

Abends 7 1/2 Uhr: Im weißen Rössl.

Lustspiel in 3 Akten von Oscar Blumenthal und Gustav Adelberg.

## Cirkus-Theater.

1031 Heute 8 Uhr: Sensationelles Attraktionen-Programm.

## Sid Black

Der beste Niederrad-Meistersfahrer der Welt

4 Monate Attraktion des Wintergartens, Berlin

## Grantou-Mand

als Repita auf dem Trahtafel und Balletmeister

## Sobossi

der berühmte Komponist-Darsteller.

## Dainef-Truppe

sensationelle Essensspiele.

## Vera Marlo

Kostüm-Comedienne.

Hugo Schulz Instrumental-Humorist.

Bros. Wellington Hand- und Kopf-Atrobaten.

Josefina Arden Konzertsängerin.

Vorverkauf u. Vereinsbillets sind gültig.

## Druckerei der Volksstimme

(F. Behge) Magdeburg, Breiteweg 116.

Für Gewerkschafts- und gesellige Vereine, Krankenkassen etc., sowie für den Privat- und Geschäftsbedarf

Anfertigung aller Druckarbeiten in sauberer Ausführung bei solider Preisberechnung.

## Margarine

Preiswert und gut kauft man bei A. H. Völker, Jacobsstr. 26, der Kirche gegenüber, Jacobsstr. 5, Eckhaus der Großen Marktstr., und Große Steinertischstr. 10b, Eckladen.

## S. Levy vorm. S. Gottfeld

Sudenburg, Breiteweg 41

empfiehlt:

### Garnierte und ungarnierte Damen- und Mädchenhüte

zu staunend billigen Preisen.

### Putzzuthaten

als: Bänder, Blumen usw. in größter Auswahl. Das Aufarbeiten vorjähriger Hüte wird schnell und bestens ausgeführt.

Jede Garnierung erfolgt gratis.

Ferner empfiehlt

### Korsetts

Wäsche für Herren, Damen und Kinder, Strümpfe, Handschuhe, Kragen, Chemisettes, Krawatten, Normalhemden und Barchenthemden.

## 20 Kinderwagen

werden einzeln mit einer Anzahlung von Mf. 5.00 und wöchentlich Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.

## S. Osswald

Ulrichstraße 14 1. Etage gegenüber der Ulrichskirche.

## Tapeten Fritz Prager

billigt bei Verkauf 752

Schönebenderstraße 24 (Ecke Dorotheenstr.)

\* Gr. erh. 4r. Kinderw. b. z. v. u. Rumpfbadewanne S., Br. Weg 117, S., 3 Tr. v.

\* Schuhwaren, großes Lager, billigste Preisstell. Kleinfeld, Schönebenderstr. 98.

## Möbel

und Polsterwaren, große Posten Teppiche, ca. 100 Spiegel, Etageren Bilder

ausnahmsweise spottbillig zu verk. Breiteweg 89-90 Georg Mook.

M. Zellwanger, Farmersleben. Pa. Schmalz, à Pfund 35 Pfg.

M. Zellwanger, Farmersleben. Molkereibutter à Pfd. 110 S. für den besten wohnlichsten Gatten passend. 1020

\* Bretchen zu verkaufen Kleine Schulstr. 6. Maß.

# Beilage zur Volksstimme.

Nr. 94.

Magdeburg, Sonnabend, den 23. April 1898.

9. Jahrgang.

## Chronik auf das Jahr 1848.

23. April.

In Schleswig-Holstein entwickelte sich bei der Stadt Schleswig aus einer größeren preussischen Melognozierer ein blutiges Gefecht, durch welches die Dänen aus ihren festen Stellungen auf dem Dänewerk, dem uralten dänischen Grenzwall gegen die Feinschen, vertrieben wurden. Die Preußen besetzten den südlichen Teil der Stadt Schleswig. Die Verluste waren beiderseits ziemlich bedeutend. Eine energische Verfolgung der Dänen über Schleswig hinaus veranlaßte Wrangel, der wohl für gemessene Instruktionen hatte, aus politischen Gründen.

Im Badischen rückte am 23., dem Ostermontag, Sigel auf Freiburg zu, um den dortigen Aufständischen Hilfe zu bringen. Sigel hatte ganz wechnützige Anordnungen getroffen und besonders das selbständige Vorrücken einzelner Abteilungen seiner Kolonne unterst. Skrove jedoch ging eigenmächtig mit einer Abteilung vor und wurde bei Wintersthal von der badischen Infanterie vollständig geschlagen. In wilder Flucht stürzte alles davon und riß auch die unter Sigels Führung marschierenden Abteilungen mit fort.

In Frankreich begann am Ostermontag die Wahlen zur Nationalversammlung. Sämtliche Parteien hatten eifrig gearbeitet, um die Bevölkerung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Mehrheit gewannen bei den Wahlen die gemäßigten Republikaner. Doch raten auch in die aus 900 Köpfen bestehende Versammlung wa 180 Monarchisten der verschiedenen Richtungen ein. Epitliche Arbeiterführer und Sozialisten wurden nur sehr wenig gewählt.

## Die Gesellen-Ausschüß nach dem Normal-Zunungsstatut.

Das preussische Handelsministerium hat nunmehr Entwürfe von Zunungsstatuten herausgegeben. Da sie für die meisten Zunungen bei ihrer Neubildung id Neuorganisation vorbildlich sein werden, so versuchen wir für die beteiligten Arbeiter ein übersichtliches Bild der Bestimmungen über den Gesellenauschüß zu entwerfen.

Für den Gesellenauschüß werden drei oder fünf Mitglieder vorgeschlagen; die Zahl der Ersatzmänner würde sich danach zu richten haben. Alle 2 Jahre löst die Hälfte der Mitglieder und der Ersatzmänner aus; die Ausschüßenden sind jedoch wieder wählbar.

Die Mitglieder verwalten ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich, doch wird ihnen der Ersatz bare Auslagen und für jede Sitzung eine bestimmte Entschädigung für Zeitverschwendung gewährt.

Der Gesellenauschüß wählt aus seiner Mitte alle zwei Jahre einen Vorsitzenden (Altgesellen), einen Schriftführer und deren Stellvertreter. Der Altgeselle leitet und schließt die Versammlungen des Ausschüßes. Schlussschließung besteht, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit Stimmmehrheit der Anwesenden gefaßt, bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende. Im übrigen kann der Ausschüß seine Geschäftsordnung durch eigene Beschlüsse regeln.

Die Gesellenauschüße der Zunungen haben unter die wichtige Aufgabe, den Gesellenauschüß der Handwerkskammer durch ihre Wahlen zu bestimmen. Insbesondere diese Handwerkskammer für größere Bezirke und ganze Provinzen ja vorläufig noch Zukunftsmusik, so lange der Zunungsunterbau noch nicht genügend fortgeschritten und tragfähig ist. Dagegen ist der Gesellenauschüß nach dem Gesetz hrt zu beteiligen, bei der Regelung des Lehrlingswesens id bei der Gesellenprüfung, sowie bei der Begründung u Verwaltung aller Einrichtungen, für welche die Gesellen (Gehilfen) Beiträge entrichten oder eine besondere Mitbestimmung übernehmen, oder welche zu ihrer Unterstützung bunt sind. Diese und die weiteren Bestimmungen des 95 erhalten jetzt in dem Normalstatut folgende näherungsgehaltung:

Der gesamte Gesellenauschüß rückt zu den Zunungsversammlungen an, wenn diese über die eben bezeichneten Gegenstände beraten und Beschluß fassen. Die Mitglieder des Gesellenauschüßes sind dazu ausdrücklich einzuladen, haben volles Stimmrecht — was freilich bei 3 bis 5. fellen gegen vielleicht alle Meister nicht viel heißen. Die Ausföhrung von Beschlüssen der Zunungsversammlung in diesen Angelegenheiten darf jedoch nur mit Zustimmung des Gesellenauschüßes erfolgen; wird die Zustimmung verlangt, so kann sie allerdings durch die Aufsichtsbehörde gänzt werden. War bei der Beschlussfassung der Zunungsversammlung mehr als die Hälfte der Mitglieder des Gesellenauschüßes anwesend, so gilt die Zustimmung der letzteren zur Ausföhrung des Beschlusses als erteilt oder als verjagt, je nachdem die Mehrheit seiner Mitglieder den Beschlüsse zugestimmt hat oder nicht. Das Protokollbuch muß die Abstimmung der Mitglieder des Gesellenauschüßes ergeben.

Bei Beratung und Beschlussfassung über dieselben Angelegenheiten seitens des Zunungsvorstandes — nach dem Normalstatut aus einem Obermeister und vier Mitgliedern bestehend — ist der Altgeselle zuzuziehen, und zwar ist er in

derselben Weise wie die Vorstandsmitglieder einzuladen und stimmberechtigt.

Zur Verwaltung der Gesellen- und Herbergs-Angelegenheiten, sowie des Arbeitsnachweises wird ein „Ausschüß für das Gesellen- und Herbergswesen“ seitens der Zunung errichtet. Er besteht aus dem Obermeister (oder einem von Zunungsvorstande gewählten Stellvertreter) und vier Mitgliedern. Zwei wählt die Zunungsversammlung aus sich selber, zwei der Gesellenauschüß aus der Zahl derjenigen volljährigen Gesellen, welche seit mindestens 3 Monaten bei Zunungsmittgliedern in Arbeit stehen.

Dieselbe Zusammensetzung kehrt beim „Ausschüß für das Lehrlingswesen“ wieder. Diesem liegt insbesondere ob, als Organ der Zunung alle zwischen Meistern und Lehrlingen entstehenden Streitigkeiten zu entscheiden.

Über Antritt, Fortsetzung, Auflösung des Lehrverhältnisses, über Ausbändigung oder Zuhalt des Arbeitsbundes oder Zeugnisses; über die Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Lehrverhältnisse, sowie über eine in Beziehung auf dasselbe bedingene Konventionalstrafe (soweit es sich nicht um die im § 3 Absatz 2 des Gewerbegerichts-Gesetzes vom 29. Juli 1890 bezeichneten Konventionalstrafen handelt);

über die Berechnung und Anrechnung der von den Lehrlingen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes zu leistenden Beiträge und Eintrittsgelder.

Die Gesellen müssen hierbei jedoch mindestens eine dreijährige Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben. In den ersten sechs Jahren können inder auch Gesellen gewählt werden, die mindestens zwei Jahre gelernt haben. — Dieser Ausschüß hat eventuell auch die „Beauftragten“ zu wählen oder zu stellen, die — ähnlich wie die Fabrikinspektoren die Fabriken — die zur Zunung gehörigen Werkstätten zu kontrollieren haben.

Die Thätigkeit im Herbergs- und im Lehrlingsauschüß ist unentgeltlich, doch werden die baren Auslagen ersetzt. — Unseres Erachtens steht das in Widerspruch mit den Bestimmungen über den Gesellenauschüß im allgemeinen. Die Mitglieder des Gesellenauschüßes sollen Entschädigung auch für Zeitverschwendung beziehen. Warum nicht die beiden Gesellenmitglieder im Herbergs- und ebenso im Lehrlingsauschüß? Um nicht zweierlei Mitglieder, bezahlte und unbezahlte, zu schaffen, müssten in diesem Falle natürlich auch die Meister Diäten erhalten. „Eine Zurückweisung derselben ist unstatthaft“, heißt es aus diesem Grunde im Gewerbegerichts-Gesetz.

Bestimmungen über die Teilnahme der Gesellen an der Verwaltung der Unterstützungsstellen und an den eigentlichen Zunungs-Schiedsgerichten fehlen; bekanntlich müssen für diese Einrichtungen besondere Nebenstatuten geschaffen werden, und diese scheint man im preussischen Handelsministerium und im Reichsamt des Innern noch nicht erledigt zu haben. Der Gesellenauschüß kommt hier jedoch nach den §§ 90 und 91 des neuen Handwerker-Gesetzes für die Bestimmung der Arbeiter-Beisitzer und Vorstandsmitglieder nicht in Betracht, hier entscheiden vielmehr die Gesellen und Kassensmitglieder durch direkte Wahl.

Sonst ist überall die Beteiligung der Gesellen eine indirekte, durch die Vermittelung des Gesellenauschüßes bewirkt. Was daher bei den Wahlen zum Gesellenauschüß veräußert wird, ist auch für die Wahlen zum Herbergs- und Arbeitsnachweis, sowie zum Lehrlingsauschüß und ebenso noch für andere Entscheidungen verloren. Ein Grund mehr für die Arbeiter, von Anfang an auf dem Posten zu sein.

Reugierig sind wir, wie viele Zunungen den im Normalstatut vorgeschlagenen Einigungsamts-Paragrafen annehmen werden: Entstehen zwischen den Mitgliedern der Zunung und der Gesellenchaft Streitigkeiten über die Regelung des gegenseitigen Verhältnisses, namentlich über Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Lohnsätze, so soll durch gemeinsame Beratung des Zunungsvorstandes und des Gesellenauschüßes eine Einigung darüber versucht werden.

Graf Posadowsky weist zwar jeden Eingriff allgemeiner Berufsvertretungen in die Verhältnisse des Einzelbetriebes stolz zurück. Das preussische Handelsministerium erkennt hier jedoch, wenn auch sehr schüchtern, die Nützlichkeit solcher Einwirkungen an — vielleicht mit dem Hintergedanken, daß die meisten Gesellen-Ausschüße nicht gefährlich sein werden, aber immerhin unter Zuhilfenahme eines Rechts, das den sozialpolitischen Forderungen und Heiden im Reichsamt des Innern vorläufig noch ein Vergeruis und Greuel scheint.

Für die Wahlen zum Gesellenauschüß gelten, teils nach dem Gesetz, teils nach den besonderen Vorschlägen des Normalstatuts folgende Bestimmungen:

Wahlberechtigt sind die bei einem Zunungsmittgliede beschäftigten volljährigen Gesellen (Gehilfen), welche sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wählbar ist jeder wahlberechtigte Geselle, welcher zum Amte eines Schiffsen fähig ist (§§ 31, 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes) und (vorläufig für die nächsten sechs Jahre) eine Lehrzeit von mindestens zwei Jahren zurückgelegt hat.

Die Wahl wird vom Vorsitzenden (Obermeister) oder einem Mitgliede des Zunungsvorstandes, wenn ein solches nicht vorhanden ist, von einem Vertreter der Aufsichtsbehörde geleitet. Zur Wahl sind die Wahlberechtigten mindestens 24 Stunden vor dem Wahltermin einzuladen.

Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel; sie kann auch durch Zuzufolgen, wenn keiner der Erschienenen widerspricht. Die Mitglieder id die Ersatzmänner sind je in einem besonderen Wahlgange zu wählen. Jeder Wahlberechtigte hat so viele Namen zu bezeichnen, Personen zu wählen sind. Gewählt sind bei jedem Wahlgange diejenigen, auf die die meisten Stimmen fallen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Die Kosten der Errichtung und Thätigkeit des Gesellen-Ausschüßes hat übrigens nach dem Gesetz die Zunung zu tragen. — (Vorwärts.)

## Zum Wahlkampf.

Kommt im Reichstag der Wille der Wähler zum Ausdruck?

Der Reichstag ist die gemeinsame Vertretung des deutschen Volkes und übt mit dem Bundesrat als Vertreter der Bundesstaaten die gesetzgebende Gewalt im deutschen Reiche aus. Kommt nun im Reichstag der Wille der Wähler zum Ausdruck? Sind die einzelnen Parteien entsprechend der Zahl der für sie abgegebenen Stimmen im Reichstage vertreten? Eine kleine Auseinandersetzung wird zeigen, daß das nicht der Fall ist.

Bei den Wahlen im Juli 1893 wurden 7 673 973 gültige Stimmen abgegeben. Auf jeden der 397 Abgeordneten kamen also im Durchschnitt 19 330 gültige Stimmen.

Es erhielten damals:	Stimmen	Gewählt waren damit Abgeordnete	Der Stimmenzahl nach hätten es Abgeordnete sein müssen
Deutschkonservative . . .	1 038 353	72	54
Deutsche Reichspartei . . .	438 435	28	23
Nationalliberale . . .	998 980	53	52
Freisinnige Vereinigung . . .	258 451	13	13
Freisinnige Volkspartei . . .	866 430	24	34
Süddeutsche Volkspartei . . .	106 757	11	9
Centrum . . .	1 468 501	96	70
Yosen . . .	220 531	19	12
Deutschsozial Reformpartei (Wahlvereinigten)	263 861	16	14
Sozialdemokraten . . .	1 786 738	44	93

Wie kommen nach dem bestehenden Gesetz die Wähler zu stande? Das ganze deutsche Reich ist in 397 Wahlkreise eingeteilt. Als gewählt gilt in jedem Kreise derjenige Kandidat, der mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat. Wie unsere tabellarische Zusammenstellung zeigt, ist dies Wahlfahren für die sozialdemokratische Partei am allerungünstigsten. Statt der den Sozialdemokraten der Stimmenzahl nach zukommenden 93 Reichstagsmandate erhielten sie nur 44! Und woher kommt das? Weil die 397 Wahlkreise gar zu ungleich groß sind. Der vierte Berliner Wahlkreis z. B. zählte im Jahre 1893 488 000 Einwohner, der Wahlkreis Schaumburg-Lippe im selben Jahre 40 000 Einwohner. Beide hatten aber, obwohl der eine mehr als zwanzigmal so groß als der andere war, je einen Abgeordneten zu wählen. In Schaumburg-Lippe waren zum Wahlsieg nur 3557 Stimmen notwendig, im 4. Berliner Wahlkreis wurden aber für den von uns gewählten Abgeordneten 46 356 Stimmen abgegeben. —

## Militärische Nachrichten.

Zur Einberufung von Reservisten und Landwehrlenten bemerkt das Hamburger Echo: „Wie weit durch die Einberufung von Reservisten und Landwehrlenten der Sozialdemokratie oder den Gegnern Wähler entzogen würden, läßt sich schwer entscheiden. Aber so ohne weiteres „von der Hand zu weisen“ ist die Absicht, damit der Sozialdemokratie zu schaden, doch wohl nicht. Dazu ist es zu bekannt, wie sehr den heutigen Regierungsmännern die Bekämpfung der Sozialdemokratie am Herzen liegt. Das ist aber auch Nebensache. Worauf es ankommt, ist, daß nicht ohne Not Tausenden von Wählern ihr Recht der Teilnahme an der Wahl und der Einflußnahme auf die Zusammenfassung des Reichstages entzogen werde. Man ist ja nicht gezwungen, die Wahl mit den Übungen oder die Übungen mit der Wahl auf den gleichen Zeitpunkt zu legen. Man soll nicht durch Ausübung der Pflichten des Staatsbürgers ihn in der Ausübung seines Rechts beschränken. Es wäre unseres Erachtens Pflicht des Reichstages, soweit es in seiner Macht liegt, das zu verhindern und wenigstens von der Regierung Abhilfe solches Mißstandes zu fordern.“ Auch andere Blätter wünschen, daß die Reichsregierung interpelliert werde. Da heißt es denn Farbe bekennen. —

Wie seiner Zeit mitgeteilt, war dem Stadtdirektor a. D. v. Damm-Wolfenbüttel und Rechtsanwalt v. Daehne-Braunschweig, welche Reservoffiziere sind, vom Bezirkskommando aufgegeben worden, aus den sog. Vaterländischen (welfischen) Vereinigungen auszutreten. Die Herren leisteten Folge, beschwerten sich aber auf dem militärischen Instanzwege und beantragten Zurücknahme der Maßregel. Den Beschwerdeführern ist jetzt mitgeteilt worden, daß dazu keine Veranlassung vorläge, und sie sind somit abschlägig beschieden. Wie verlautet, soll vorher von Berlin aus beim braunschweigischen Ministerium über die Bestrebungen und Ziele der Vaterl. Vereinigung angefragt worden sein. —

## Das Kapern.

Ueber den jetzigen Zustand des Kaperns veröffentlicht die Freisinnige Zeitung einen informierenden Artikel, in dem ausgeführt wird: Der bevorstehende Ausbruch des Krieges zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Spanien richtet die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Frage, in wie weit dadurch der Handelsverkehr auf hoher See gefährdet wird. Diese Frage berührt die europäischen Interessen in erster Linie.

Der Pariser Kongreß, welcher im Jahre 1856 zum Abschluß des orientalischen Krieges stattfand, faßte in dieser Beziehung folgende Beschlüsse: 1. Die Kaperei ist und bleibt abgeschafft. 2. Die neutrale Flagge deckt die feindliche Ladung mit Ausnahme der Kriegskontrebände. 3. Die neu-

\*) Die Zunungs-„Versammlung“ besteht entweder aus allen volljährigen Mitgliedern, oder, bei zu umfangreichen Zunungen, aus „Vertretern“, deren je einer für je 10, 20, 30 oder noch mehr Zunungsmittglieder gewählt ist.

trale Ware ist mit Ausnahme der Kriegskontorende unter feindlicher Flagge nicht nehmbar. 4. Um bindende Kraft zu haben, müssen Notizen effektiv sein, d. h. durch eine hinreichende Macht aufrecht erhalten werden, um wirklich den Zugang zur feindlichen Küste zu untersagen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika gaben zu diesem Kongress beschließen die Erklärung ab, daß ihnen der Satz 1 ungenügend erscheine, sie wollten die Bestimmung dahin vervollständigen: „und soll das Privateigentum von Unternehmern oder Bürgern eines kriegsführenden Staates auf hoher See der Beschlagnahme durch Kriegsschiffe des anderen kriegsführenden Teiles nicht unterliegen, mit einziger Ausnahme der Kriegskontorende“.

Dieser Zusatz, welchen die Vereinigten Staaten von Nordamerika damals vergeblich beantragten, bezeichnet klar die Unvollständigkeit der Bestimmung über die Abschaffung der Kaperei. Die Meinung, daß die in Paris beschlossene Aufhebung der „Kaperei“ die Wegnahme von Handelschiffen durch Kriegsschiffe überhaupt unterlage, ist nämlich durchaus irrig. Unter Kaperei ist hier lediglich verstanden die Wegnahme von Handelschiffen durch Schiffe des kriegsführenden Staates, welche nicht zu den Kriegsschiffen gehören, aber von dem betreffenden kriegsführenden Staat zur Wegnahme von Handelschiffen ermächtigt sind. Es ist also durch jene Bestimmung von 1856 nur ein gewisses Frankturenwesen zur See untersagt und zwar auch nur insofern, als die Wegnahme von Handelschiffen solchen Schiffen untersagt ist, die nicht der militärischen Leitung des betreffenden kriegsführenden Staates unterstellt sind, also nicht zu dem Flottenverande dieses Staates gehören.

Wie völkerrechtlich die Dinge liegen, ist also Spanien ebenso wie Nordamerika in der Lage, die Handelschiffe des anderen Staates durch eigene Kriegsschiffe und auch durch Privatschiffe, welche durch Kapereibriefe dazu autorisiert sind, fortzunehmen und mit den Schiffen selbst auch die Ladung, soweit sie nicht den Bürgern neutraler Staaten gehört, für gute Preise zu erklären.

Als im Jahre 1892 im Reichstag ein Antrag eingebracht wurde, eine internationale Konferenz zur Durchführung der völkerrechtlichen Bestimmungen zum Schutze des Privateigentums zur See in Kriegszeiten zu berufen, trat Reichskanzler Caprivi dem entgegen und führte aus: um einen in einer Seeschlacht Besiegten zu zwingen, Frieden zu schließen, dazu gebe es nur zwei Wege: erstens eine Landung im größeren Stil, zweitens die Zerstörung des feindlichen Handels. Es wird sich nun bald zeigen, ob diese Ansicht richtig war und wie weit überhaupt eine Beschlagnahme von Schiffen der kriegsführenden Staaten auf hoher See sich verwirklichen läßt.

## Soziale Bewegung.

### Inland.

Die Lohnbewegung der **Lebener** in Stuttgart ist auf friedliche Weise beigelegt. Nur zwei Prinzipale haben sich diesen Vereinbarungen nicht angeschlossen und ist über diese Firmen von den Arbeitern die Sperre verhängt.

Die **Gastwirtsgehilfen** beabsichtigen im Jahre 1899 zu Berlin einen Kongress abzuhalten, welcher von jedem Berufscollegen ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung und Vereinsangehörigkeit besucht werden kann. Der Kongress soll von der Regierung den Erlaß des längst versprochenen Spezialgesetzes für die Arbeiter im Gastwirtsgebetriebe fordern, außerdem  $\text{I} \frac{1}{2}$  bis Mietzinsfrage und das Stellenvermittlungswesen erläutert werden.

Die **Stuttgarter Bantischler** haben vor einigen Tagen den 36 in Betracht kommenden Geschäften folgende Forderungen unterbreitet: 1. Einführung der 9 $\frac{1}{2}$ stündigen Arbeitszeit; 2. 5 Prozent Lohnerhöhung, d. h. für Lohnarbeiter soll der gleiche Lohn bezahlt werden wie bisher und für Accordarbeit ein entsprechender Zuschlag, damit der Beteiligte seinen seitherigen Lohn verdient; 3. für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit sind 25 Prozent Zuschlag zu vergüten; 4. wöchentliche Pausen; 5. 1 $\frac{1}{2}$ stündige Mittagspause für das ganze Jahr. Bis auf 11 haben sämtliche Geschäfte diese Forderungen bewilligt.

Lohnbewegung der **Bauhandwerker**. Zum Streit der Zimmerer in Luckenwalde wird mitgeteilt, daß die Unternehmer an sämtliche Berliner Firmen eine Liste gesandt haben, in der 59 Arbeiter namentlich aufgeführt werden. Es wird der Wunsch ausgesprochen, diese Arbeiter nicht zu beschäftigen, da sie am Streik beteiligt sind. Die Arbeiter werden sich durch diese Mittel nicht schrecken lassen.

Die leitenden Personen im **Münchener Baugewerbe** haben die schlägigen Zunahmen in Gemeinschaft mit den Tischlermeistern haben den Plan ausgeheckt, in ihren Betrieben die zehnstündige Arbeitszeit festzuhalten. Es sollen an einem Tage alle einschlägigen Betriebe, in denen nicht von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends gearbeitet wird, ohne Rücksicht darauf, ob in der Branche gestreikt wird oder nicht, gesperrt werden.

Den **Maurern** in Raumburg ist von den Unternehmern die Antwort zu teil geworden, daß sie gewillt seien, den Arbeitern einen Stundenlohn von 33 Pfg. und elfstündige Arbeitszeit zu gewähren. Die Arbeiter werden unter diesen Bedingungen die Arbeit nicht aufnehmen. In einer Versammlung der Streikenden wurde darauf hingewiesen, daß gegenwärtig schon die italienischen Maurer, die als Streikbrecher angeworben wurden, 35 bis 40 Pfennig Stundenlohn erhalten, mithin auch den heimischen Arbeitern dieser Lohn gezahlt werden kann. Der Ausstand dauert deshalb fort.

**Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.**

Die Holzarbeiter hielten ihre Generalversammlung vom 11. bis 16. April in Göttingen ab. Auf derselben waren 82 Delegierte, die Vertreter des Ausschusses, des Vorstandes und der Zeitungskommission mit einbezogen, vertreten. Erster Gegenstand der Verhandlungen war die Einführung der Arbeitslohnunterstützung. Das Reglement zu dieser Unterstützung war vom Vorstand ausgearbeitet worden und empfahl eine Unterstützung in Höhe von 48 Mark pro Jahr als

höchsten Unterstützungssatz zu gewähren, sollte sollen die Beiträge von 20 Pfennig auf 30 Pfennig pro Woche erhöht werden. Ueber die Arbeitslohnunterstützung entspann sich eine lebhafte Debatte, die ihr Ende nahm mit Ablehnung des Reglements mit 82 gegen 10 Stimmen.

Am zweiten Verhandlungstag wurde zunächst die Stellung zur Generalversammlung und dem Gewerkschaftskongress beraten. Von Kassel wurde hierzu beantragt, das Verhältnis mit der Generalkommission zu lösen. In der Debatte bemerkten einige Redner, daß der Ruhe den die Generalkommission bietet, sehr gering sei, und oft Mittel zu Zwecken aufgewandt werden, die für wichtigere Zwecke zurückgestellt werden könnten. Dagegen wiesen andere Redner darauf hin, daß diese Institution im Interesse der Gewerkschaften aufrecht erhalten werden sollte und daß sie auch unvorteilhaft für die Gewerkschaften von Vorteil gewesen ist, viel Nutzen habe die Generalkommission allerdings nicht geschaffen, aber die Holzarbeiter sollten nicht die Störenfriede sein, die Tätigkeit der Generalkommission zu unterbinden. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der das Verhältnis mit der Generalkommission aufrecht erhalten will, die Delegierten zum Gewerkschaftskongress verpflichtet, für keine Erhöhung der Beiträge zur Generalkommission einzutreten und die Bildung eines Streifonds in der Generalkommission abgelehnt.

Der Vorsitzende Kloss gab hierauf eine geschäftliche Uebersicht über die Tätigkeit des Vorstandes. Er schilderte, wie durch den wirtschaftlichen Aufschwung innerhalb der Gewerkschaft ein reges Streben zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich bemerkbar machte und damit die Ansprüche an die Verbandskasse sehr gesteigert wurden. Es war deshalb notwendig, im letzten Quartal 1898 den Beitrag von 15 Pfennig auf 25 Pfennig pro Woche zu erhöhen, um dann später den Beitrag dauernd auf 20 Pfennig festzusetzen, sodas die finanziellen Schwierigkeiten gehoben wurden. Die Mitgliedszahl belief sich am Ende des Jahres 1895 auf 23 144, die im Jahre 1897 auf 42 576. Es stellte sich heraus, daß der Zuwachs an Mitgliedern recht zahlreich ist, und es müsse deshalb Aufgabe des Verbandstages sein, Mittel ausfindig zu machen, die geeignet sind, einen festen Bestand in der Mitgliedszahl zu erhalten. Die Erhöhung der Beiträge habe nicht nachträglich auf die Mitgliederzahl eingewirkt.

Der Kassenerbericht, den der Kassierer Bohne gab, lautet vom 1. Januar 1895 bis 31. Dezember 1897 und schließt in Einnahme und Ausgabe mit 950 987,84 Mark ab, der Bestand der Kasse beläuft sich auf 123 329,67 Mark in den Jahrestellen und der Passivkonto. In den Ausgaben figurieren unter anderem: Reise-Unterstützung 73 085,73 Mark, Gemeindegeld-Unterstützung 6520,16 Mark, Rechtschutz 11 863,28 Mark, Agitation 101 835,58 Mark, Umzugskosten 4601,80 Mark, Notfall-Unterstützung 5558,50 Mark, Holzarbeiter-Zeitung 133 992,22 Mark, die Gleichheit 1820 Mark, Gehälter 25 146,20 Mark, Verwaltungsstellen 11 267,13 Mark, Kosten des Verbandstages 4274,33 Mark, dem Streifonds überwiesen 38 573,70 Mark, für die englischen Maschinenbauer 5000 Mark und Vorschuß an den Streifonds 208 500 Mark.

Ueber diese Berichte entspann sich eine lebhafte Debatte, in welcher namentlich der Lauterbacher Streik besprochen wurde. Schließlich wurde dem Vorstande Decharge erteilt. Abschließend wurde das Statutreglement beraten, welches einige wichtige Änderungen erfuhr. Hierauf wurde über den Stand der Presse beraten. Die Holzarbeiter-Zeitung hat an den Verband 14 000 Mark Ueberschuß überwiesen. Ein Antrag des Vorstandes, Verlag und Redaktion nach Stuttgart zu verlegen, wurde abgelehnt. Es wurde nun über die Statutenänderung beraten. Das Eintrittsgeld wurde auf 40 Pfennig, der Beitrag für männliche Mitglieder auf 20 Pfennig, für weibliche auf 10 Pfennig pro Woche festgesetzt. Verschiedene Bestimmungen wurden getroffen, welche die Agitation erleichtern sollen. Deutschland soll zum Zwecke der Agitation in Gauen eingeteilt werden, die Gauvorstände sollen in erster Linie dieselbe betreiben. Die Verbandstage finden in Zukunft alle zwei Jahre statt, als Ort der nächsten in Nürnberg bestimmt worden, zu welchem von 300 Mitgliedern (bisher von 500) ein Delegierter zu wählen ist. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Stuttgart. Die Aufnahme einer Statistik wird zur Beschlußfassung dem nächsten Verbandstag überwiesen, jedoch soll der Vorstand je nach Wunsch und Bedürfnis Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse für einzelne Branchen im Verband vornehmen. Erwünscht ist aus dem Plenum angeregte Wünsche bezüglich der Agitation und Einteilung der Agitationsbezirke fanden sodann ihre Erledigung. Beschlossen wurde, eine Agitationsbrochure auf Kosten des Verbandes drucken zu lassen und den Mitgliedern zuzustellen. Eine Anfrage, welche Stellung der Verband gegenüber den städtischen Arbeitsnachweisen einzunehmen habe, gab zu einer längeren Debatte Veranlassung. Eine bestimmte Stellungnahme wurde von den verschiedenen Rednern nicht gewünscht; je nach den örtlichen Verhältnissen müsse seitens der am Orte befindlichen Gewerkschaften Stellung genommen werden. Nachdem noch Berlin als Sitz des Ausschusses bestimmt worden, wurden die Wahlen der bestbelehnten Vorstandsbeamten vorgenommen. Gewählt wurde als 1. Vorsitzender K. Kloss, als 2. Vorsitzender Leipart, als Kassierer Bohne und als Sekretär, eine Stellung, die durch das Statut neu geschaffen wurde, Schneegäß-Exfurt. Der Vorsitzende Kloss gab hierauf einen Ueberblick über die Arbeiten des Verbandstages; er ersuchte für die Durchführung der gefassten Beschlüsse, wenn auch in einzelnen Fragen die Meinungen auseinandergingen, mit Energie einzutreten, damit die Arbeiten des Verbandstages zum Nutzen des Verbandes beitragen mögen. Er schloß den Verbandstag mit einem Hoch auf das Gedeihen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

### Ausland.

Der Streik der **Metallarbeiter** in La Seyne (bei Toulon) hat nach siebenwöchiger Dauer mit einem Mißerfolg geendet. Der Kampf drehte sich um die Hilfskasse der Arbeiter.

Zum **Kohlenarbeiter-Streik** in Süd-Wales. Die Ausländer beschloßen in einer Konferenz in Cardiff mit 54 110 Stimmen Mehrheit, den Delegierten keine Vollmacht zum Friedensschluß zu geben. Morgan berichtete, daß 40 000 Bergarbeiter eine Lohnerhöhung erhalten haben. Die holländischen Grubenbesitzer in Lanarkshire haben nunmehr die Lohnaufbesserung auf einen Schilling erhöht und dürfte damit der Streik in diesem Distrikt zum Abschluß kommen.

## Wo die Arbeitergrotschen bleiben.

Mit dieser Frage beschäftigt sich wieder einmal die bürgerliche Presse vom: Schlage der Kölnischen Zeitung, Tägliche Rundschau, Staatsbürger-Zeitung u. a. Sie giebt ihnen hierzu die Rechnungslegung des Holzarbeiter-Verbandes, der in den Jahren 1895—97 bei einer Einnahme von 950 987 Mark 142 000 Mark für Gehälter und Verwaltungskosten ausgab. Im Metallarbeiter-Verbande betrugen diese Ausgaben im Jahre 1897 bei einer Einnahme von 550 419 Mark 47 000 Mark. Die bürgerlichen Presseorgane glauben nun damit eine große Entdeckung gemacht zu haben, daß sie ihren Lesern mitteilen, die Arbeiter bezahlen ihre Beamten und gebrauchen zur Verwaltung solcher großen Organisationen regelmäßig Ausgaben. Dinge, die sich ganz von selbst verstehen, nur aus Bosheit oder Dummheit dazu benützt werden, diese Organisationen und die Bestrebungen der Arbeiter herabzusetzen. Wir können aber unseren Gegnern sehr guten Gegenrechnung dienen, die einmal prahlen, wie die Ausgaben in den Unternehmer-Organisationen wandt werden. Wir wären auf diese Berechnung ge-

kommen, wenn nicht die obige Anrempelung und Verdächtigung der Arbeiter-Organisationen uns hierzu stark anregte. Vor uns liegt die Abrechnung der Berliner Tischlerinnung von 1896—97. Sie berichtet über eine Ausgabe von 11 955,80 Mark, in der für Gehälter, Entschädigungen an Verwaltungsbeamte und Repräsentationspflichten 5178,50 Mark eingesetzt sind, die Verwaltungskosten erfordern 1889,88 Mark, zusammen 6848,41 Mark. Wir erlauben uns dabei gleich einige der Ausgabeposten zu nennen. Es wurden unter anderem gezahlt: Entschädigung für die beiden Obermeister 1600 Mark, Mietentschädigung für den ersten Obermeister 300 Mark, Entschädigung für den ersten Schriftführer 100 Mark, für den Arbeitsnachweis 700 Mark, Entschädigung für die Prüfungskommission 1838,28 Mark, Repräsentationskosten 1142,50 Mark, Unkosten für Vererbung für Obermeister und Kollegen 129 Mark usw. Sehr interessant ist dabei, daß in der Einnahme neben 4366,50 Mark regelmäßiger Beiträge der Meister 8025,75 Mark enthalten sind, die von den Lehrlingen als Einschreibungs- und Ausschreibungsgebühr aufgebracht wurden — eine Abrechnung, die gewiß recht klar zum Spott über die Tätigkeit der Innungen anregt. Zwei sei bemerkt, daß diese Innung noch verhältnismäßig die anständigste Abrechnung liefert, von den übrigen scheuen viele das Licht der Öffentlichkeit.

Die Berechnung, die sich in der hier angeführten Innung die Ausgaben der Gehälter und Verwaltung prozentual verhalten und ne sich das Verhältnis in den geschmähten Organisationen der Arbeiter gestaltet, überlassen wir den geistreichen Kritikern der oben bezeichneten Presse. Ein Vergleich mit unseren Arbeiterorganisationen über Aufbringung und Verwendung der Mittel steht hoch erhaben gegen jeden Vorwurf, der nur unternommen werden kann von Leuten, die über die Institutionen ihrer eigenen Klassengenossen eine faer fabelhafte Unwissenheit zur Schau tragen — eine Unwissenheit, die nur noch übertroffen wird von der Dreistigkeit, mit der in der bürgerlichen Presse über Arbeiterorganisationen geschrieben wird.

Zu derselben Gelegenheit bemerkt die Frankfurter Zeitung: „Es giebt nichts, das borniert genug wäre, um endlich von gewis Blättern beiseite gelegt zu werden. Kommt da wieder einmal, wie schon so oft, die Kölnische Zeitung, verbeugt die Augen und spricht in jesuitischem Tone: „Einen lehrreichen Einblick in die Verwendung der Arbeitergrotschen, welche die Massen der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Kerkerschaftsverbände fließen, gestatten die vorliegenden Abrechnungen von zweien dieser Verbände, des Holzarbeiter-Verbandes und des Metallarbeiter-Verbandes“. Dann rechnet sapor, wie viel den Beamten und Agitatoren dieser Verbände in den letzten Jahren zugetommen ist. Der Kölnische Zeitg, die hier mit dem Raumpfahle winkt, die Arbeiter möge doch diese Groschen für sich behalten, — ihr, beziehungsweise ihren Auftraggebern wäre es freilich recht, wenn Arbeiter keine Beamten besolden würden und dann auch keine Führer hätten, wenn die Arbeiter also eine form- und loslose Masse wären. Die Arbeiter wissen aber schon so genau, daß sich die so verwendeten Groschen recht gut hegt machen indem sie ohne Führer, Agitatoren usw. itematerfolge erlangen würden und die Groschen, die sie heute den zahlen, und wohl noch etwas mehr nicht einstecken könnten, da sie diese Groschen gar nicht zu Gesicht bekämen. ie Arbeiter wissen das, und zwar so gut, daß die Kölnische Zeitung vernünftigerweise ihre Liebesmüh als eine verlore ansehen könnte. Freilich: „vernünftigerweise“ — darf in dies von ihr erwarten?“

## Ins Handel und Industrie.

Die Generalversammlung der Chemnitzer Bau-geellschaft genehmigte die 15 Prozent Dividende und den Verworsungsantrag auf Liquidation. — Der Aufsichtsrat der Braunschweiger Landesbahn schlug 5 Prozent Dividende gegen 4 $\frac{1}{2}$  im Vorjahre vor. — Der Norddeutsche Lloyd Bremen erhöht zu den beschlossenen Neubauten das Aktienkapital um 20 Millionen Mark. Die neuen Aktien wurden bereits von einem Berliner Konfession zum Kurvon 102 übernommen. — Dividenden: Nürnberg Lebensversicherungs-Ges. 7 Prozent und 26 865 Mk. zu Dividendenzuschlag. — Waren-Kreditanstalt in Köln 3 Prozent (i. V. 4 Prozent). Vereinigte Krader und Oder Bahn wieder je 6 Prozent. — Fabrik photographischer Apparate Hüttig u. Sohn in Dresden 10 Proz. —

## Gerichtliche Urteile.

### Gewerbegericht Magdeburg.

T. Die Firma Pfeiffer u. Schmidt verlangt von dem Meister Tr. 24 Mark Entschädigung, weil er ohne Kündigung sein Arbeitsverhältnis gelöst hat, außerdem die dem Beklagten gegebenen 40 Mark Vorschuß. Von der Entschädigung ist die Hälfte durch einbehaltenen Lohn in Händen der Klägerin. Der Beklagte hatte eine sechs-wöchentliche Probezeit durchzumachen, nach welcher er fest engagiert werden sollte; er ist aber vor Ablauf derselben fortgegangen ohne zu kündigen. Die Klägerin läßt 12 Mark ihrer Entschädigungsforderung fallen, da nach § 124 b der Gewerbeordnung ohne Nachweis eines Schadens für eine Probezeit der ortsbliche Tagelohn gefordert und einbehalten werden kann.

Der Schneidergeselle Schr. verlangt von dem Schneidermeister Nöhrig 2,62 Mark Restlohn. Beide Parteien vergleichen sich auf 2 Mark, die Beklagte zu zahlen hat.

Der Lehrling S. verlangt von der Martonnagenfabrik Waltherr ein Lehrzeugnis. Zu dem Lehrkontrakte, der sich in den Händen des Beklagten befand, war die Lehrzeit nachträglich ein halbes Jahr verlängert worden, so daß der Kläger statt am 1. dieses Monats erst kommenden Oktober auslernen würde. Der Kläger, dessen Kontrakt nicht forrriert war, der auch von der ganzen Sache keine Ahnung hatte, erstaunte und behält sich vor, eine Lohnforderung zu stellen, weil er laut seinem Kontrakte vom 1. dieses Monats Gehilfe sei und für einige Wochen nach diesem Tage einen

schuß an Lohn fordern könne. Beide Parteien einigen dahin, Beslagler giebt dem Kläger ein ordnungsgemäßes Gut, während Kläger sich bereit erklärt, keine Lohnforderung zu verlangen.

**Verstümmeltes.**

Der 22jährige verheiratete Posthilfshote Karl Hent aus Hirschhorn war am Postamt in Mainz beschäftigt und hatte im Dezember und Januar fünf Briefe mit Gelddinhalt unterschlagen. Der Angeklagte, der Not vor schützte, weil er mit seinem 75 Mark betragenden monatlichen Gehalt nicht habe auskommen können, wurde heute von der Strafkammer zu 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Wie ein verheirateter Mann mit 2 3/4 Mark auskommen kann, ist uns einfach unverständlich. Die ungeheuren Ueberschüsse, welche die Postverwaltung alljährlich einheimst, ermöglichen ihr es sehr wohl, die Beamten besser zu stellen, wenn nicht andere — „notwendigere“ Ausgaben vorweg zu erledigen wären. J. B. Militär- und Marinausgaben.

**Gemeinde-Zeitung.**

**Die Notwendigkeit schulärztlicher Aufsicht.**

Wie notwendig die ärztliche Aufsicht der Schulkinder ist, zeigt auch ein Bericht des Schularztes Dr. Grein in Offenbach a. M. Derselbe untersuchte 1896/97 insgesamt 4393 Kinder der Volks- und Mittelschule. Er stellte fest, daß 1856 = 42 Prozent der Untersuchten kranke Zähne hatten. An Erkrankungen der Augen litten 324 = 7,4 Prozent, der Ohren 185 = 4,4 Prozent, des Nasenraums 828 = 18,6 Prozent, Verkümmungen der Wirbelsäule wurden 269 = 6 Prozent notiert; 151 Kinder litten an Herzkrankheiten, 27 an Tuberkulose, 103 an Lungenkrankheiten, 64 an Bleichsucht, 7 an Strophulose, 153 an sonstigen Erkrankungen und 38 stotterten. Endlich wurden 1888 oder 42 Prozent als schmutzig (am Oberkörper) und 1165 als mit Läusen behaftet ermittelt. Unter letzteren befanden sich nur 11 Knaben. In einer Mädchenklasse hatten von 78 untersuchten Kindern 60 Läuse. Der Prozentsatz der schmutzigen und mit Ungeziefer behafteten Kinder ist natürlich am größten in der einfachen Volksschule; da muß die Mutter meist in der Fabrik oder sonstwie erwerbstätig sein. Der Bericht hebt selbst hervor, daß es häufig an der Zeit fehlt. Unte den Knaben der Mittelschule waren 30 Prozent schmutzig, in der Volksschule 44,5 Prozent. Bei den Mädchen der Mittelschule waren 15 Prozent schmutzig und 31 Prozent mit Ungeziefer behaftet. Für die Mädchen beider Volksschulen beträgt der Prozentsatz der Schmutzigen 52 und 44, der mit Ungeziefer behafteten 60 und 43. Der Bericht stellt fest, daß die Läuse oft gefährliche Krankheiten hervorrufen. Es bilden sich auf dem Kopfe eiterige Wunden. „Die Patienten . . . bieten einen jammer vollen Anblick. Es ist eine ganze Anzahl Fälle bekannt, in denen der durch Läuse hervorgerufene und dann vernachlässigte Kopfschlag zu schweren Ohren- und Augenkrankheiten, ja sogar zu schließlich Taubheit und Erblindung geführt hat.“

Ueber die allgemeine Körperkonstitution der Kinder stellt der Bericht fest, daß sie besonders gut war bei 891 = 20,3 Prozent, befriedigend bei 3138 = 71,4 Prozent, schlecht bei 364 = 8,3 Prozent. Hier zeigt sich wieder die schlechte Ernährung der Proletariatskinder darin, daß in der Mittelschule 7,1 Prozent, in der Volksschule aber 14 Prozent der Knaben eine schlechte Körperkonstitution hatten. Auf 815 Mittelschüler und Schülerinnen kommt nur ein Fall von Tuberkulose, in der Volksschule aber durchschnittlich auf 136 einer (zusammen 26).

Der Schularzt hat sich mit der Feststellung von vor handenen Krankheiten begnügen müssen; nur gegen das Ungeziefer hat er den Eltern brieflich ein billiges Mittel an gegeben. Er verlangte nun, daß auch positive Maßregeln ergriffen würden. Sein Vorschlag, zunächst Schulbäder einzurichten, fand aber ebensovienig die Zustimmung der Stadtverordneten, wie der Antrag unseres Genossen Ulrich, die für die ärztliche Schulaufsicht ausgeworfene Summe von 200 Mark jährlich auf 1500 Mark zu erhöhen und davon auch einen Augen- und einen Zahnarzt zu besolden. Die Sache ging an die Schulkommission zurück.

**Kleine Chronik.**

Ein Wirtschaftsbefitzer in der Ortschaft F i s c h a u (Hannover) legte sich, wie es auf dem Lande immer noch üblich ist, Spinngewebe auf eine unbedeutende Schmittwunde. Zwei Tage darauf starb er an Blutvergiftung. — In Hannover wurden am Montag zwei Kinder von der elektrischen Straßenbahn überfahren und getötet. — Die Dorfchule in K a t t o h n s e l d in Thüringen zählte im letzten Jahre 12 Kinder. Die halbe Klasse hörte auf den Namen „Dielen schneider“. Unter den 12 Kindern war nur ein Knabe. — Sechs junge Burschen wurden in G e l k e n k i r c h e n festgenommen, die jene Gegend seit Monaten unsicher machten. Drei Morde, zwei Raub anfälle, mehrere Diebstähle und eine Brandstiftung haben sie bereits eingestanden. — Der Dachstuhl des Wirtshausgebäudes in W i e n i s t niedergebrannt. — In der Ortschaft W o d b i e l im Arzbea Komitat ist bei einer Fahrt über den stark geschwollenen Arvafluß ein Boot mit acht Arbeitern geteiert. Alle acht Insassen ertranken. — Von seiner Frau ermordet wurde ein Arbeiter in D e m b r o w a G o r a (Russisch-Polen). Den Leichnam versenkte die Frau in einen Teich. — Durch andauernden Regen haben S e r e t h und P r u t h ihre beiden Ufer überschwemmt und in der Moldau und in Bessarabien Felder, Straßen und Bahndämme beschädigt. Auch die stetig wachsende Donau läßt Hochwasser befürchten. — Ein Theaterkritiker in P a r i s (Italien) wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil er sich von Schauspielern und Sängern die lobenden Kritiken bezahlen ließ und ihnen mit Schmähartikeln drohte, wenn sie nicht bezahlten wollten. — Die Insel S i z i l i e n wurde von einem heftigen Wirbelsurium heimge sucht. Namentlich in der Provinz Messina richtete er bedeutenden Schaden an. Dort soll fast die gesamte Südbucht zerstört sein. Zahlreiche Personen wurden verletzt. — In P a r i s hat sich der junge Maler Carpentier, dem die „Salon“-Jury das eingedehnte Bild zurückgewiesen hatte, mit Charkani vergiftet. — Robert Keigel, der Herausgeber und Redakteur des „Armen Tafel“, ist in D e t r o i t (Nordamerika) im Alter von 50 Jahren gestorben.

**Bücherverschau.**

Der freie Turner. Lieberbuch für Turner und Arbeiter. III. Auflage. Herausgegeben vom Arbeiter-Verein. 300 Seiten.

Preis geb. 50 Pfennig, Porto extra 10 Pfennig. Dieses Lieberbuch enthält außer den Turnersliedern auch noch fast alle bekanntesten Arbeiter- und Volkslieder, so daß es nicht nur für Turner, sondern auch für jeden Arbeiter wertvoll und nützlich ist. Der sehr billige Preis, das handliche Format und die gute Ausstattung werden zur weitesten Verbreitung dieses Lieberbuches in Turner- und Arbeiterkreisen gewiß mit beitragen. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle der Arbeiter-Turn-Beitrag. (Hermann Rauch, Probstheida-Leipzig.)

**Frauen und Mädchen, vergeßt nicht, daß den Sozialdemokraten alle größeren Güte gesperrt sind.**

**Vereine, Versammlungen, Vergnügen.**

Am 18. d. Mts. tagte im Dreifäserbund eine öffentliche Holz arbeiterversammlung, die aber trotz der wichtigen Tagesordnung sehr schlecht besetzt war. Gorgas berichtete über die Aussperrung von vier Kollegen in der Werkstätte von Otto, die wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbands- und weil sie Abonnement der Volksstimme waren, aufs Pflaster flogen. Trotz Rücksprache mit dem Meister Otto war es nicht möglich, eine Einigung zu erzielen. Leider haben sich auch schon einige Kollegen gefunden, welche trotz der über die Werkstätte verhängten Sperre die Arbeit dortselbst aufnahmen. Weiter wurde in der Versammlung die Arbeitsordnung der Wernerschen Fabrik verlesen. Dieselbe charakterisierte sich als eine Zusammenstellung von Strafparagrafen, und es ist bedauerlich, daß sich Leute finden, welche eine derartige Arbeitsordnung anerkennen.

Eine öffentliche Maurerverammlung tagte am 19. d. Mts. im Luisenpark. Der Vorsitzende wies zunächst in kurzen Worten auf die Bedeutung der am 24. d. Mts. bei Grolshum stattfindenden Konferenz hin, dann erfolgte Wahl der Delegierten zu derselben. An der Konferenz können auch Verbandsmitglieder, die nicht delegiert sind, teil nehmen. Daraus referierte Kleeß über die Bedeutung des ersten Mai. Er wies darauf hin, wie notwendig die Vertikung der Arbeitszeit sei und forderte die Anwesenden auf, am 1. Mai zu demonstrieren für den Achtstundentag und den Weisfrieden. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen, auch keine Beschlüsse gefaßt, es vielmehr jedem einzelnen überlassen, sich den Beschlüssen der politischen Partei anzupassen.

Eine Volksversammlung tagte am Dienstag, den 19. April, in Groß-Dittersleben im „Wildenen Stern“. In derselben referierte Genosse Müller-Magdeburg über den Erlaß des Grafen Posadowsky. Er beleuchtete denselben und die durch ihn gekennzeichneten Wege, welche unsere Sozialreform eingeschlagen hat, in eingehender Weise und forderte die Anwesenden auf, bei der zukünftigen Reichstagswahl dafür Sorge zu tragen, daß nur solche Männer in den Reichstag gewählt werden, welche eine Garantie dafür bieten, daß sie die wichtigsten Rechte des arbeitenden Volkes nicht beschneiden, sondern vielmehr er weitern werden. An den Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion.

Neuhalsbendleben. Am Sonntag, den 17. April, fand im Saale des Herrn Herzog auf der Masche eine öffentliche Hand arbeiterversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erhielt der Referent Genosse W. Bartels-Magdeburg das Wort. Derselbe hielt einen interessanten Vortrag über das Thema: „Moderne Sklaverei in der göttlichen Weltordnung“. Nach einer Pause von ca. 10 Minuten wurde zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Verstümmeltes“, geföhrt. Zugewiesen war eine Resolution eingegangen und von der Versammlung angenommen, welche folgendermaßen lautete: „Die Versammlung erklärt sich bereit, für die Arbeiterbewegung auf modernem Boden mit aller Kraft einzutreten“. Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, ob vielleicht Gegner anwesend seien, welche einer anderen Parteirichtung angehörten, meldete sich zunächst ein Herr W., der Vorsitzende vom Lokalverband der Handchuhmacher. Derselbe erklärte, er sei Sozial demokrat, sei aber auch zugleich in einem freisinnigen Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein. Er führte als Grund an, er als Familienvater könne bei einer ev. Arbeitslosigkeit mit den 7 Mark, welche der Verband der Handchuhmacher seinen Mitgliedern wöchentlich zahlt, nicht auskommen, deshalb hätte er sich in einen Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein gemeldet, um auch ein wenig Gehalt zu beziehen. Daraus wurde ihm vom Referenten erwidert, man könnte den Baum nicht auf zwei Schultern tragen, wer Sozialdemokrat ist, könnte nicht zugleich freisinnig sein, er neime es überhaupt eine Feigheit, nur deshalb in einen Gewerkeverein zu gehen, um von einem Fond Unterstützung zu ziehen, welcher von anderen auf gebracht wurde. Nachdem sich noch ein Anhänger der Hirsch-Dunderschen Richtung zum Worte gemeldet hatte, welcher seine Partei heranstrieb, erklärte der Referent, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkevereine bisher noch wenig geleistet hätten, sie seien immer diejenigen gewesen, welche als Streikbrecher den Central-Verbänden in den Rücken gefallen wären. Dann wurde noch die diesjährige Maifeier besprochen, welche durch eine Demonstration für den Achtstundentag geföhrt werden soll. Nach einer Aufforderung des Referenten, zu den künftigen öffentlichen Versammlungen auch die Frauen und Mädchen mit heranzuziehen und für die Verbreitung der Volksstimme nach Kräften zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung aller Sanfterer und Gewerbe treisenden Magdeburgs und Umgegend tagt Sonnabend, den 23. April, abends 8 Uhr, im „Pringenhof“, Knochenhauerstraße 27, wozu sämtliche Interessenten freundlichst eingeladen werden.

**Sonnabend, 23. April:**

- Verband der Sattler und Tapezierer. Versammlung abends 8 1/2 Uhr in der „Burghalle“.
- Männer-Turnverein Westerhäfen. Jeden Mittwoch und Sonnabend, abends 8 Uhr, Turnstunde im weißen Hirsch.
- Gesangverein „Freundesbund“. Obenstedt. Jeden Sonnabend abend 8 Uhr in der „Burghalle“. Gesangslustige Freunde sind willkommen.
- Gesangverein Vorwärts, Lemsdorf. Jeden Sonnabend 8 Uhr Übungs stunde im Lutschen Kaiser.

**Sonntag, 24. April:**

- Deutscher Metallarbeiter-Verband, Filiale Alte Neustadt. Mitglieder versammlung nachm. 3 Uhr bei Wolfskämpf, Weinbergstraße 27.
- Verband der Steinseher und Berufsgeoffenen. Versammlung nachm. 4 Uhr bei Brauns, Fahlochsberg 9.
- Naturheilverein Groß-Dittersleben. Mitglieder versammlung abends 8 Uhr.

**Montag, 25. April.**

- Arbeiter-Radfahr-Klub Magdeburg. Zusammenkunft bei Herrmann, Neustadt, Hamburgerstraße.

**Auskunft für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Kranken-Versicherungsweisen.**

Centralherberge, Kleine Klosterstraße 15-16.

Sprechstunden 9-1 Uhr vormittags; 3 1/2-7 1/2 Uhr nachmittags. Unentgeltliche Auskunft für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

**Kostenlose Arbeitsvermittlung.**

**Wasserstände.**

Ort	20. April	21. April	22. April	23. April	24. April	25. April
Außig . . . . .	+ 1.21	+ 1.79	—	—	0.58	—
Dresden . . . . .	+ 0.08	+ 0.30	—	—	0.22	—
Torgau . . . . .	+ 2.40	+ 2.26	—	—	0.14	—
Wittenberg . . . . .	+ 2.98	+ 3.00	—	—	0.04	—
Rosslau . . . . .	+ 2.68	+ 2.76	—	—	0.98	—
Borsby . . . . .	+ 3.55	+ 3.52	—	—	0.03	—
Schönebeck . . . . .	+ 3.27	+ 3.20	—	—	0.07	—
Magdeburg . . . . .	+ 2.98	+ 3.00	—	—	0.02	—
Tangermünde . . . . .	+ 3.95	+ 3.88	—	—	0.07	—
Wittenberge . . . . .	+ 3.62	+ 3.75	—	—	0.07	—
Dömitz, Pegel . . . . .	+ 3.47	+ 3.45	—	—	0.02	—
Perleuburg . . . . .	+ 3.65	+ 3.60	—	—	0.03	—

**Unterhaltungstest.**

In einem böhmischen Schlosse.

Romanfragment aus dem Nachlaß von Moriz Hartmann.

(7. Fortsetzung.)

**IV.**

Am nächsten Morgen stand Otokar wieder am Ende der Gallerie, vor der Thür, die in den runden Thurm und in die Bibliothek führte. Er war heute glücklicher, denn gleich auf sein erstes Bücken öffnete sich der schwere, eisenbeschlagene Thügel, aber mit einem Anarren und Kratzen, das deutlich verriet, wie selten er sich in seinen Angeln bewegte. Vor ihm stand mit erlauntem Gesichte Herr Doktor Melichar, der Bibliothekar des Schlosses. Otokar wunderte sich nicht, daß dieser von seiner Heimkehr noch nichts erfahren, wohl wissend, daß er oft durch Wochen und Monate seinen Turm nicht verließ, und daß sein einziger Diener angewiesen war, ihn schweigend zu bedienen. Es war auch nicht viel mehr als Schweigen, womit er jetzt seinen Gebieter empfing. Mit einzelnen Worten, die sich unumgänglich hätten zu einem Sage gestalten lassen, begrüßte er ihn und gab er, wie er jedes Jahr gethan, wenn Otokar in der Bibliothek erschien, seine Verwunderung zu erkennen, daß sich ein Graf Dubna mit Büchern zu beschäftigen herablasse. Seine ganze Rede lautete ungefähr wie folgt: „Ach! Graf Otokar — willkommen . . . in der Bibliothek . . . Dubna . . . Bibliothek? Wissenschaft? ha! ha! . . . Er hatte allerdings nach den Erfahrungen, die er in diesem selben Hause gemacht, ein gewisses Recht, sich zu verwundern über einen Dubna, der sich um Bücher kümmere, und der Spott, der auf seinem ganzen Gesichte, in jedem der hundert Fältchen lag, war noch berechtigt als die vorigen zusammenhanglosen Worte.“

Es war vor ungefähr vierzig Jahren, als vom Bischof von Budweis ein junger und gelehrter Geistlicher als Erzieher des Erbgrafen verlangt wurde.

Der Bischof kam dem Verlangen aufs gewissenhafteste nach und schickte den jungen Doctor theologias Melichar, den er als ein künftiges Licht der Kirche noch besonders empfahl. Aber der Doctor theologias sah bald ein, wie überflüssig er im Schlosse war. Der damalige Erbgraf, jetzt regierende Graf von Dubna verbrachte viel mehr Zeit im Sattel als am Studiertisch, zeigte seinem Lehrer sowohl für seine Person wie für seine Ermahnungen eine sehr kalte Verachtung, und nach sehr kurzer Zeit hatte sich zwischen Lehrer und Schüler ein gründlicher Haß ausgebildet. Schon damals zog sich Doktor Melichar mit Vorliebe in die Einsamkeiten der Bibliothek zurück, und es machte sich wie von selbst, daß sein Schüler frühzeitig zur Armer abging und er, zu dessen Versorgung man sich vertragsmäßig verpflichtet hatte für den Fall, daß er nicht ein geistliches Amt annähme, zum Bibliothekar und Archivar des Schlosses gemacht wurde.

Der ganze Turm samt den Wohngemächern über dem Bibliotheksaal wurde ihm eingekäumt, und er mußte sich dort trotz der Nachbarschaft der gräflichen Familie sehr wohl fühlen, da er allen Lodungen der geistlichen Behörde widerstand und selbst glänzende Prindien ausschlug. Seit beinahe fünfundsüdzig Jahren sah er, nur seinen Büchern und den Urkunden lebend, immer mit Auszügen beschäftigt in der Einsamkeit des Turmes. Eine Treppe, die in den Hof der Amtsgebäude führte, erlaubte ihm auch am Sonntag, wo er den einzigen Ausgang machte, um in der Kirche eines benachbarten Dorfes Messe zu lesen, ungehört von den gräflichen Bewohnern aus dem Schlosse zu gelangen. Ueber dieselbe Treppe gelangte zu ihm der Diener, der ihn auch nur einmal des Tages, wenn er ihm seine Mittagsmahlzeit brachte, zu sehen bekam. Im Schlosse gingen im Laufe der Jahre große Veränderungen vor: Begräbnisse, Regierungswechsel, Hochzeit, Kindtaufe und allerlei Feste, ohne daß Doktor Melichar davon im geringsten berührt, betriibt oder erfreut worden wäre. Aber auch die Zeit schien spurlos an ihm vorüberzugehen, wie an einem Gegenstande, der in hermetisch verschlossener Kiste aufbewahrt liegt, und so mochte er seinen Zustand selbst aufgefaßt haben, da er einen Ruf an die theologische Fakultät in Prag mit der Versicherung beantwortete, er würde, wenn er sich an die Luft der Welt begäbe, als ein Nischenhäuflein zusammenfallen wie gewisse Gegenstände und Leichen, die man in Herculanum und in Pompeji ausgegraben. Bei näherer Beschichtigung konnte man allerdings erkennen, daß sein Gesicht wie rosig gemaltes Pergament, aber doch wie Pergament ansah, und daß er durch das Alter noch kleiner geworden war, als ihn die Natur gebildet hatte. Aber es war niemand da, der die Veränderungen an Doktor Melichar hätte kontrollieren können, als der Graf, sein ehemaliger Schüler, und dieser bekam ihn nie zu Gesicht. Wäre es ihm auch je eingefallen, in diesen Teil seines Schlosses vorzudringen, Doktor Melichar würde sich gewiß bis unter das Dach des Turmes vor ihm geflüchtet haben. Der Ingrim, der Haß, den ihm der Schüler als Verächter alles Wissens, als Verhöhrer seines Lehrers eingeköpft hatte, erhielt sich in der Einsamkeit ebenso frisch wie der ganze Bibliothekar. Seine Erscheinung hatte etwas Komisches, und selbst der ernste Otokar hatte jedesmal beim Wiedersehen einige Mühe, ein Lächeln zu unterdrücken.

Von Kleidungsstücken trug er jahraus jahrein seit Menschengedenken bis über die Füße herabfallenden und oben bis unter den Kinn zugeknöpften Rock, und auf dem Kopfe trug er eine hohe, aufrechtstehende graue Mütze, die durch ein Tuch, wie durch einen Turban, um den Kopf befestigt war. Aber das Komische dieser Erscheinung verschwand sofort, wenn man ihm ins Gesicht sah. Obwohl weiß, rosig und hartlos wie ein Kindergesicht, und obwohl, freilich ironisch lächelnd, mutete es doch wie ein überaus ernsthaftes Antlitz an und deutete es mehr auf Hintergedanken und verhaltene, versteckte Gefühle, als auf Bestätigung dessen, was seine Lippen, wenn auch mit Lächeln, sagten. Dabei hatte er die Gewohnheit, beim Sprechen immer seitwärts zu blicken.

Otokar fühlte sich nie ganz wohl in seiner Gegenwart. Aber er achtete sein Wissen, das er als ein unergründliches erkannt hatte. Doktor Melichar ahnte das und kam ihm

freundlicher entgegen, als er irgend einem anderen Bewohner des Schlosses gegenüber gethan hätte.

„Junger Dubna in der Bibliothek?“ fragte Doktor Melchior.

„Ich wollte vor allem Sie begrüßen, Herr Doktor,“ antwortete Ottokar; „dann Sie bitten, mich freundlichst in gewissen Untersuchungen zu unterstützen.“

„Unterstützen? Freilich, ist ja meine Pflicht... aber Untersuchungen? Welcher Art Untersuchung?“

Ottokar legte die Hand an die Stirn und schwieg einige Augenblicke. Diese Wie bedeckte sein Gesicht, als er endlich antwortete:

„Herr Doktor! Wir sind sowohl im Hause über die Geschichte unserer Familie als in der Schule über die Geschichte unseres Landes sehr ungenügend unterrichtet worden. Mich quälte gewisse Zweifel und Rätsel; ich möchte in gewissen Dingen klar sehen.“

„Aha! merke was! Klar sehen?“ lachte der Doktor, „ist nicht gut, klar zu sehen, nicht gut, vom Baum der Erkenntnis zu essen.“

Ottokar ließ sich durch den eigentümlichen, beinahe boshaften Ton nicht stören und fuhr fort: „Die Geschichte meiner Familie wünschte ich zu erforschen, nicht wie sie uns erzählt wird, sondern der Wahrheit gemäß, nach historischen Dokumenten, nach den wahrhaftigsten Zeugnissen, wie sie sich hier im Archiv finden müssen.“

„Freilich, freilich, sich auch wirklich finden,“ rief der Bibliothekar, starr mit dem Kopfe nickend, „Zeugnisse, daß einem die Augen übergehen.“

„Ich will sie im Zusammenhang mit der Landgeschichte studieren.“

„Freilich, freilich, geht auch nicht anders.“

„Und,“ fuhr Ottokar fort, „Sie sollen mir sagen, mit welchem Jahrhundert ich zu beginnen habe.“

„Mit welchem Jahrhundert?“ wiederholte der Doktor, legte das Kinn in die Hand und sah Ottokar lauernd, mit einem Blick voll Schadenfreude und Mitleid zugleich an. „Mit welchem Jahrhundert? Wir werden uns wohl nicht in der Nacht weder der germanischen noch der slavischen Urzeit zu verlieren brauchen.“ (Fortsetzung folgt.)

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

1. Eine recht interessante Kunstausstellung hat zur Zeit der bekannte norwegische Maler Edward Munch im Kunstsalon von Keller und Meiner in der Potsdamerstraße veranstaltet. Munch, der vor Jahren bereits durch

die Eigenart seiner Schöpfungen fast eine Spaltung im Verein Berliner Künstler hervorgerufen hatte, hat unbekümmert um alle Kritik seinen Weg beharrlich fortgesetzt. Mit abstrahierender Vernachlässigung jeder akademischen Komposition und mit völligem Beiseitegehen aller für die bildende Kunst bisher geltenden Schönheitsregeln, haben seine Bilder etwas grausig abstoßendes und doch zugleich packendes, das man nie und nimmer vergessen kann. Munchs Hauptstärke liegt in der Bildnismalerei. Hier entfaltet sich das ganze gewaltige Können des großbelebten Künstlers, der mit wenigen Pinselstrichen das Innerste eines Menschen zu enträtseln und festzuhalten vermag. Seine Kunst ist hier rein psychologisch, d. h. sie vernachlässigt völlig die äußere Form, nur um einen bleibenden Eindruck von dem inneren Wesen des Dargestellten in uns zurückzulassen. Unter diesen Porträts sind besonders die Bildnisse von Strindberg, Homsin und Gunnar Heiberg zu nennen. — Auch die Landschaften und sonstigen Entwürfe des Malers entbehren nicht eines eigentümlichen, intimen Reizes; fast könnte man sie feilsche Photographieen nennen. Erwähnen möchte ich hier nur noch zwei Skizzen. Die eine, „Eiserlucht“, zeigt einen einsam stehenden Mann mit hochgezogenen, fröstelnden Schultern, auf dessen Gesicht sich der ganze ungeheure Schmerz einer verzerrten Liebe spiegelt. — Die zweite Skizze „Abenddämmerung“ bringt ein junges, sinnendes Mädchen, das an einem Baumstamm des Gartens lehnt und in die farbenprächtige Dämmerung des Frühlingabends hinausstrahlt. — Noch läßt sich über Edward Munch schwerlich ein ungünstiges Urteil fällen, da er weder auf der Höhe des eigenen Könnens steht, noch irgend ein Mittel findet, das ihn in einen gewissen Einklang mit seiner Zeit zu bringen vermag.

### Vermischte Nachrichten.

In London hat sich eine Gesellschaft mit einem Kapital von nahezu 1/2 Mill. 700 000 gebildet, welche 4000 Droschken zum Preise von 50 d (50 Pfennig) für kurze Strecken fahren lassen will. Bis jetzt zahlt man in London für die kürzeste Strecke 1 sh. In London herrscht das System, daß die Droschkenkutscher sich eine Droschke für so und so viel den Tag mieten. Ihre Einnahme ist deshalb höchst ungewiß. Die neue Gesellschaft will ihre Kutscher zu bestimmtem Wochenlohn verpflichten.

Eine passende Inschrift für Versammlungslokale war im Sitzungsraum eines kürzlich abgehaltenen Arbeiterkongresses angebracht. Sie verdient Beherzigung, weshalb wir sie hier mitteilen:

Sag, was Du willst, kurz und bestimmt, Ohn' lang mit Worten uns zu quälen! Bedenk', daß sonst die Zeit uns nimmst, Bestiehst uns — und Du sollst doch nicht stehlen! —

**Unterschiede des männlichen und weiblichen Schädels.** Die interessante Frage, ob der Schädel des Mannes und Weibes einen ausgesprochenen Unterschied aufweist oder nicht, wird jetzt an der Hand einer Untersuchung von über 1000 männlichen und weiblichen Schädeln verschiedener Rassen von Dr. Bartels verneinend beantwortet. Ein durchgreifender Unterschied des männlichen und weiblichen Schädels ist nicht erkennbar. Es ist deshalb nicht möglich und wird wahrscheinlich niemals möglich sein, mit aller Sicherheit das Geschlecht eines Schädels zu bestimmen. Ein geübter Beobachter wird allerdings in vielen Fällen die Frage aus einer ganzen Reihe von häufig wiederkehrenden Zeichen richtig beantworten können. Der männliche Schädel ist im allgemeinen größer als der weibliche, das Gebirg beim Manne mächtiger, der Zahnbogen ist beim Manne mehr abgerundet, beim Weibe mehr zugespitzt. Beim Manne sind Stirn und Augenbrauenwülste stärker entwickelt als beim Weibe. Diese Punkte sind aber weder genügend, noch immer ausgeprägt genug, so daß auch der geübteste Beobachter sich zweifelhaft bleibt.

### Der Friede.

Ja — der Friede kommt — zulezt  
Auch uns selbst — nicht aus dem Jenseit —  
Wenn die Welt sich mild' gekehrt —  
Wenn die Völker lieben lernen!

Was die Lüge hat gebaut  
Wird in sich zusammenbrechen,  
Wenn die Besten kühn und laut  
Überall die Wahrheit sprechen!

Arbeiter, ihr seid klein, weil ihr auf den  
Knieen rutschet.  
Erhebet euch!

### Befcherwerden

gegen Redaktion, Expedition und Kolportage der Volksstimme sind schriftlich im verschlossenen Couvert an die Pressekommission zu richten unter der Adresse: Bernhard Harbaum, Breitenweg 127.

## Öffentl. Vortrag für Damen!

Am Montag, den 25. April, nachmittags 4 Uhr  
findet im

**Saale des Schwarzen Adler in Buckau**

ein Vortrag statt über:  
**„Der Kaffeegenuß in der Familie“**  
in hygienischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung

gehalten von  
**Fräulein Schmidt aus Hamburg.**

Die geehrten Damen werden höflichst um recht rege Beteiligung ersucht. Nach dem Vortrage werden Tassenproben verabreicht. — Eintritt frei. — Punkt 1/4 Uhr wird der Saal geschlossen.

## Öffentliche Versammlung

der  
**Elb- und Hafnarbeiter**  
am Montag, den 25. d. M., abends 8 Uhr  
in „Thalia“, Buckau.

Tages-Ordnung:  
1. Der Wert der Verkürzung der Arbeitszeit. Referent: Redakteur Müller.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vertrauensmann der Elb- und Hafnarbeiter.

**Öffentliche Versammlung**  
der Töpfer u. Berufsgen. Magdeburgs  
am Sonnabend, den 25. d. Mts.  
Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht  
Der Vertrauensmann. J. Miodreich.

**Central-Kranken- und Sterbefälle der Deutschen Wagenbauer (C. H.)**  
Filiale Eudenburg.  
Sonntag, den 24. April, nachmittags 3 Uhr  
**General-Versammlung**  
bei Seeger.

**Versammlung**  
des Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Vereins der Schmiede und verwandten Gewerbe Deutschlands  
am Sonntag vormittags 10 1/2 Uhr  
bei Diering in der „Burghalle“.  
Tages-Ordnung:  
1. Rechnung vom 1. Quartal. 2. Berichterstattung von der Generalversammlung.  
Der Vorstand.

## Hofjäger-Burg.

Sonntag:  
**Tanz.**

**Einen großen Posten**  
Kleiderschränke, Küchenschränke, Kommoden, Bettstellen und Matratzen, Verliehows, Sofas, Diwans, Kinderwagen  
692  
gebe einzeln mit kleiner Anzahlung und wöchentlichem Abzahlung von 1 Mark an ab.

**A. Becker**  
Breitenweg 31, I  
gegenüber der Ulrichsstraße.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Fahrrad, neu, Rob 98, umständehalber  
jetzt bill. z. verkaufen Schrottdorferstr. 15 II.

## Hüte

werden zum Garnieren angenommen und auf Wunsch eigene Zuthaten verwendet.  
**Bazar-Magdeburg**  
Jakobs- u. Petersstr.-Ecke  
Filiale: Wilhelmstr., Amaste. 2.

## Naturheilverein Groß-Ottersleben.

Sonntag, den 24. April, abends 8 Uhr  
Versammlung im „Goldenen Stern“.

## Größere Räume

für Laden, Niederlage und Wohnung  
werden in der  
**Wilhelmstadt**  
zu mieten gesucht. Offerten an  
**Konsum-Verein Neustadt.**

## Standesamt.

Magdeburg, 21. April.

Aufgebote: Kutscher Alfred Schulze hier mit Anna Ernst in Becken. Kunstmaler August Wilhelm Walter Behrens hier mit Therese Frieda Hermine Albertine Steinhoff in Bernigerode. Ingenieur Paul August Urbach in Groß-Salze mit Friederike Bertha Meta Kirchhoff in Schönebeck. Maschinenbauer Emil Paul Lüdemann in Buckau mit Johanne Marie Elise Schuster in Berlin.

Eheschließungen: Postillon August Feitbad mit Auguste Appenrodt hier. Hans Otto Liebs in Buckau mit Sidonie Schmidt hier. Hilfsweichensteller Friedrich Wendtke hier mit Marie Schente in Liebenwerda. Schlosser Max Duschek mit Auguste Gebert hier.

Geburten: Erna, T. des Bierfahrers Friedrich Eggstein. Walter, S. des Schneidemeyers Wilhelm Siems. Hanna, T. des Eisenbahn-Badmeisters Heinrich Johannes, S. des Hauptmanns im Inf. Regt. Nr. 26 Konrad Wasserott. Erich, S. des Fleischarbeiters Adolf Herzberg. Paul, S. des Malers Bruno Gröbel. Willy, S. des Schiffahrts-Insp. August Teege. Martha, T. des Schneidemeyers Wilhelm Baumgarten.

Todesfälle: Wwe. Dorothee Lauenroth, geb. Uhl, 77 J. 4 M. 6 T. Friedrich, S. des Eisen-Stat.-Müll. Heinrich Vorkel, 16 J. Elisabeth, T. des verstorbenen Albert Bierack, 10 J. 7 M. 25 T. Erich, S. des Schneiders Herrn Schmidt, 2 M. 9 T. Elise, T. des Silberarbeiters Karl Hartmann, 21 J.

Eudenburg, 21. April

Eheschließungen: Arbeiter Max Nähler mit Anna Wendhausen hier.  
Geburten: Marianne, T. des Werkhauseigeners Hugo Biedermann (Eisenberg). Charlotte Hulda, inehel. Traugott, S. des Arbeiters Traugott Menzel. Wally, T. des Schuhmanns Karl Meyer. Gertrude, T. des Fleischarbeiters August Kuhnert.  
Todesfälle: Fritz, S. des Arbeiters Wilhelm Wajenthal, 7 M. 23 T. Anna, T. des Arbeiters Christian Meyer, 7 M. 8 T. Lucie, inehel. 3 M. 14 T. Olga, T. des Arb. Friedr. Gieluch, 1 M. 25 T.

Buckau, 21. April.

Geburten: Richard, S. des königl. Schuhmanns Bernhard Silberbach. S. des Pferdeärzters Friedrich

Waller Franz, inehel. Gerhard, S. des Lehrers Friedrich Hoyergarten.  
Todesfälle: Hulda, T. des Arb. Friedrich Meyer, 2 M. 19 T. Rentnerwitwe Auguste Wiese, 55 J. 1 M. 26 T.

Neustadt, 21. April.

Aufgebote: Arb. Peter Endorosi mit Anna Juliane Pauline Grundmann Zimmermann Auguste Gottlieb Watterien mit Emma Hoberland.  
Eheschließungen: Arb. Max Kellner mit Emma Kämer. Fabrikarb. Heinrich Mecht mit Martha Kaul.

Geburten: Lina, S. des Arb. Otto Jhlan. Hans Carl Felix, inehel. Joseph, T. des Eisenarbeiters Wilhelm Jählein. Fritz, S. des Arb. Wilhelm Wälther. Elly, T. des Fleischarbeiters August Wabick.

Todesfälle: Walter, S. des Voglers Otto Kitzschew, 4 M. 16 T. Erna, T. des Arb. Albert Wille, 23 J. Maria, T. des Kaufmanns Josef Glaser, 10 M. 21 T. Ad. Friedrich Weiler, 80 J. 7 M. 3 T. Heinrich, Sohn des Arbeiters Heinrich Reich, 2 J. 7 M. Paul, S. des Eisenarbeiters Carl Wägenring, 3 M. 2 T.

Neuhaldensleben.

Aufgebote: Fabrikarbeiter J. S. Maertens mit F. M. Mülle hier. Eisenbahnbauunternehmer E. K. Schulz in Buckau mit M. M. S. Schert hier.  
Geburt: 17. April Arbeiter W. Kruse in Töln.

## Schenswürdigkeiten.

Museum: Unentgeltlich geöffnet am Sonntag von 11—2, desgl. an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montag) von 11—3 Uhr. Am Montag (Feiertag) zu der gleichen Zeit 50 Pfg.

Mahfest-Kunstsalon. Geöffnet Wochen- tags 8—7 Uhr. Eintritt frei.  
Stadt-Bibliothek: An den Wochentagen geöffnet von 10—11 1/2 Uhr.  
Der Saal unentgeltlich geöffnet in der Zeit von 1. Mai bis 15. September früh 9 bis 10 Uhr, sonntäglich stets in der Zeit zwischen dem Vormittags- und Nachmittags-Gottesdienst der Civil- und Militär-gemeinde. Zu allen anderen Zeiten Abgang beim Hüter, Gebühr 50 Pfg.

Gründliche Gewächshäuser im Friedrich-Wilhelms-Garten: Geöffnet von 8—12 Uhr vormittags und von 2—7 Uhr nachmittags. Eintritt Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 20 Pfg. Schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch 8—11 Uhr und 1—3 Uhr, sowie jeden 1. Sonntag im Monat. Alle übrigen Sonntage 2—7 Uhr nachmittags. Eintritt 10 Pfg.

Gründliche Kunst-Ausstellung Eintritt frei.

Museum Magdeburg, Kaiser Wilhelm-Platz.